

**TÄTIGKEITSBERICHT DES LANDRATES
ÜBER DIE ARBEIT DER
KREISVERWALTUNG TELTOW-FLÄMING**

Drucksachen-Nummer 98/013

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Vorwort des Landrates	3
<u>Landratsbereich</u>	5
Gleichstellungsbeauftragte	5
Ausländerbeauftragte	6
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	7
Wirtschaftsförderungsbeauftragter	10
Beauftragter für die Waldstadt	12
Pressestelle	13
<u>Dezernat I</u>	16
Hauptamt	16
Personalamt	22
Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt	23
Kämmerei	23
Rechtsamt	24
<u>Dezernat II</u>	27
Amt zur Regelung offener Vermögensfragen	27
Ordnungsamt	28
Straßenverkehrsamt	33
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	38
Umweltamt	42
<u>Dezernat III</u>	46
Schulverwaltungsamt	46
Kulturamt	48
Sozialamt	50
Jugendamt	53
Gesundheitsamt	54
Staatliches Schulamt	57
<u>Dezernat IV</u>	60
Planungsamt	60
Kataster- und Vermessungsamt	63
Untere Bauaufsichtsbehörde	64
Wohnungsförderungsamt	66
Hoch- und Tiefbauamt	68
Landwirtschaftsamt	70

Landkreis Teltow-Fläming

Der Landrat

Luckenwalde, Januar 1998

Sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming,

ein ereignisreiches Jahr 1997 liegt hinter uns, und ich möchte den zweiten Kreistag nutzen, noch einmal auf das vorangegangene Jahr zurückzublicken und Sie mit diesem Tätigkeitsbericht auf die zahlreichen für den Landkreis Teltow-Fläming bedeutsamen Höhepunkte aufmerksam zu machen, aber auch über die alltägliche Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung zu informieren.

Höhepunkte, stellvertretend seien an dieser Stelle die erfolgreichen Landkreispräsentationen in Form einer Ausstellung über den Landkreis Teltow-Fläming in der Vertretung des Landes Brandenburg in Bonn, im Verbindungsbüro des Landes Brandenburg bei der Europäischen Union in Brüssel sowie in der Handelshochschule in Antwerpen, der Einstieg ins Internet, die Einweihung des Anbaus des Gymnasiums in Luckenwalde und der neuen Räumlichkeiten der Kreismusikschule am Standort Luckenwalde, die Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau des Oberstufenzentrums Teltow-Fläming am Standort Ludwigsfelde/Birkengrund Süd, die enorme Entwicklung in der Waldstadt sowie die Freigabe der rekonstruierten Kreisstraße Christinendorf - Lüdersdorf genannt, häuften sich vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres. Für weitere wichtige Ereignisse konnten im vergangenen Jahr grundlegende Voraussetzungen geschaffen werden, dessen Vorbereitung fortzusetzen ist bzw. die 1998 zum Abschluß gebracht werden können. Hier möchte ich den vierspürigen Ausbau der B 101 und die Vorbereitungen zum Bau des neuen Kreishauses in Luckenwalde als Beispiele nennen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihr Engagement bei ihrer täglichen Arbeit zu bedanken. Dank gilt auch Ihnen, den Abgeordneten des Kreistages. Mit Ihren konstruktiven und kritischen Entscheidungen trugen Sie wesentlich dazu bei, die positive Entwicklung in unserem Landkreis voranzutreiben.

Mit dem vorliegenden Tätigkeitsbericht wird es wiederum nur möglich sein, Ihnen einen kleinen Einblick zu vermitteln, welche Aufgaben in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming bewältigt werden konnten. Der Umfang, in dem über die einzelnen Ämter und Sachgebiete berichtet wird, sollte Sie bitte keine Rückschlüsse auf die Qualität oder die Wichtigkeit der geleisteten Arbeit schließen lassen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, daß nur Arbeitsschwerpunkte erwähnt werden konnten.

Gestatten Sie mir weiterhin den Hinweis, daß sich die im Text angegebenen Fakten und Zahlen überwiegend auf den Informationsstand im Herbst 1997 beziehen. Die endgültige Statistik aus den Ämtern der Kreisverwaltung für 1997 wird dann im Statistischen Jahrbuch des Landkreises Teltow-Fläming 1997 veröffentlicht.

Ich wünsche uns für das nun schon einige Wochen alte neue Jahr weiterhin viel Elan, um die bevorstehenden Aufgaben gemeinsam bewältigen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Peer Giesecke

Die dem **Landratsbereich** zugeordnete **Gleichstellungsbeauftragte** ist in ihrer Funktion für die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes vom 6. Juli 1994 intern und extern im Landkreis Teltow-Fläming zuständig.

Ziel dieses Gesetzes ist es, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der öffentlichen Verwaltung zu erreichen und dabei ein gutes Beispiel für die Wirtschaft zu geben, Frauen entsprechend ihren Fähigkeiten zu beschäftigen und zu fördern.

In der Kreisverwaltung hält die Gleichstellungsbeauftragte ständigen Kontakt zu den Fachämtern, um die Forderungen des Grundgesetzes nach Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu erfüllen und die Lebenswirklichkeit von Frauen ebenso wie der Männer zu berücksichtigen. Frauenförderung ist darauf ausgerichtet, durch Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die vorhandenen Strukturen so zu verändern, daß es den Frauen ermöglicht wird, in allen Funktionen, entsprechend ihren Fähigkeiten, vertreten zu sein.

Die Gleichstellungsbeauftragte ist gleichzeitig Multiplikatorin bei der Vermittlung von Fachwissen, bedingt durch die enge Zusammenarbeit mit dem Referat Frauen beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen und als Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg.

Es bestehen weiterhin gute Kontakte mit anderen Landesbehörden, wie z.B. dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und den Kontakt- und Beratungsstellen für Mädchenarbeit. Mädchenarbeit ist ein wichtiger Bestandteil in der Gleichstellungsarbeit im Landkreis. In Zusammenarbeit mit der Regionalstelle für Frauen und Arbeitsmarkt in Luckenwalde ist es gelungen, ein Mädchenprojekt zu entwickeln und umzusetzen. Landesweit hatten die Bemühungen der Gleichstellungsbeauftragten ebenfalls Erfolg, so wurde im Mai 1997 das Brandenburgische Mädchen- und Frauen-Netzwerk gegründet, in dem auch der Landkreis vertreten ist. Damit ist es möglich geworden, Aktivitäten in der Mädchenarbeit zu bündeln und landesweit zusammenzuarbeiten.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die Frauenarbeit vor Ort. Das bedeutet aktive Mitarbeit in den Frauenvereinen und -projekten. Ein Hauptanliegen der Gleichstellungsbeauftragten war es 1997, in Anbetracht der verringerten Landesförderung, eine Zusammenarbeit der einzelnen Frauenprojekte im Kreis zu erreichen. Das ist mit der Gründung des Arbeitskreises "Frauennetzwerk Teltow-Fläming" gelungen, in dem nicht nur die Frauenprojekte zusammenarbeiten, sondern auch das Arbeitsamt, Bildungsträger und Beschäftigungsgesellschaften.

Die 7. Brandenburgische Frauenwoche im Landkreis Teltow-Fläming zeigte uns allen, welche Entwicklung die Frauenarbeit in den letzten Jahren genommen hat. Der Veranstaltungskalender war das Spiegelbild dessen. Die regionale Verbundenheit zeigte die Teilnahme von Frauen aus dem Kreislandfrauenverein bei den Veranstaltungen im Norden des Landkreises. Auch die Inhalte dokumentierten die Verbundenheit der Frauen mit ihrer Region. Themen aus der Geschichte waren in allen Orten auch Gegenstand der Veranstaltungen, wie zum Beispiel die Frage nach den Frauen im Nationalsozialismus, wie gehen heute die Töchter damit um, aber auch die Kultur kam nicht zu kurz. Ein Höhepunkt war auch die Eröffnung des Mädchentreffs am 12. März 1997 in Luckenwalde, gleichzeitig auch ein Ergebnis der gemeinsamen Arbeit.

In Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Ludwigsfelde gelang es, den Arbeitskreis gegen Gewalt und sexuellen Mißbrauch wieder zu aktivieren, um ihn im nächsten Jahr auch für den Landkreis wieder arbeitsfähig zu machen, da das Thema Gewalt in allen Formen ein Schwerpunktthema geworden ist.

Auch über den Landkreis hinaus sind Aktivitäten in der Frauenarbeit zu verzeichnen. So fand im September 1997 ein praktischer Erfahrungsaustausch des Kreislandfrauenvereins Teltow-Fläming auf europäischer Ebene mit Landfrauen in Holland statt.

Die Kontaktpflege und der Erfahrungsaustausch mit den zuständigen Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit der Pressestelle hatten für die Gleichstellungsbeauftragte auch 1997 einen hohen Stellenwert.

Im Bereich der Ausländerarbeit ist die **Ausländerbeauftragte** Ansprechpartnerin für alle In- und AusländerInnen, für Projekte, die sich mit dieser Thematik befassen und in der Mittlerfunktion zwischen den Bürgern und den Behörden sowie den Institutionen.

Bei der Ausländerbeauftragten laufen alle spezifischen Informationen zusammen, die dann an andere Ämter, Institutionen, Ministerien usw. weitergegeben werden. Kontaktpflege und der Erfahrungsaustausch mit allen Stellen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sind ebenso wie die Zusammenarbeit mit den Fachämtern der Kreisverwaltung Teltow-Fläming für die Ausländerbeauftragte von Bedeutung.

Ein wesentlicher Bestandteil ist die Öffentlichkeitsarbeit. Dabei steht die Bewußtseinsbildung und die Sensibilisierung der einheimischen Bevölkerung für die Belange der in Deutschland lebenden ausländischen Bürger im Vordergrund.

Die Arbeit im Bildungs- und Jugendbereich ist auch 1997 in der Aufbereitung der Übergriffe von 1996 sehr intensiv betrieben worden. In diesen Übergriffen zeigt sich der Ausdruck einer gesamtgewachsenen Gewaltbereitschaft vor allem bei unseren Jugendlichen. Um dem entgegenzutreten, sind Arbeitsgruppen entstanden, die sich in ihrer Region (z.B. Trebbin und Mahlow) zu diesen Schwerpunkten verständigen. Durch die Ausländerbeauftragte wurde die Zusammenarbeit der einzelnen Gremien, wie Polizei, Jugendamt, den Kommunen und ihren Abgeordneten sowie die Mitarbeit von Vereinen und Projekten der Jugendarbeit, koordiniert. Erste Resultate zeigen Initiativen im Bereich der Schul- und Freizeitarbeit in den Kommunen des Landkreises.

Die Ausländerbeauftragte arbeitet intensiv in Schulprojekten mit, um Wissen über andere Kulturen und Religionen zu vermitteln, denn nur durch die Kenntnisse anderer Lebensformen kann Toleranz und Verständnis erzeugt werden.

Im Rahmen der Interkulturellen Woche fanden Veranstaltungen zu speziellen Themen, wie z.B. zur Situation von Flüchtlingen in Deutschland statt, um damit auch Vorurteile und Berührungsängste auf beiden Seiten abzubauen. Dazu wurden die in der jeweiligen Stadt lebenden Ausländer mit einbezogen, um an ihren Lebensläufen diese Befindlichkeiten darzustellen. Die Eröffnungsveranstaltung war ein multikulturelles Fest aus Anlaß der Eröffnung des Sozio-kulturellen Zentrums "Waldhaus" in der Stadt Ludwigsfelde, in dem In- und AusländerInnen in unterschiedlichsten Projekten zusammenarbeiten werden.

Die Unterstützung und Beratung von in- und ausländischen Bürgern ist häufig sehr zeitintensiv und langwierig, da hier sehr viele Lebensbereiche einbezogen sind. Auch die Arbeit mit binationalen Familien unter besonderer Berücksichtigung der spezifischen Lage der Kinder war 1997 ein Schwerpunkt der Arbeit.

Der Landkreis war durch die Ausländerbeauftragte bei Landes- und Bundeskonferenzen vertreten.

Einen sehr umfassenden Aufgabenbereich erfüllt auch die **Behinderten- und Seniorenbeauftragte** des Landkreises Teltow-Fläming.

In der an Leistung und Gewinnstreben orientierten Gesellschaft haben es Behinderte schwer, im täglichen Wettrennen um Erfolg und Anerkennung ihre Position am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft zu behaupten. Sie sind stärkeren Belastungen ausgesetzt und sind daher auch stärker gefordert als andere, nicht behinderte Menschen, um vergleichbare Ergebnisse vorweisen zu können.

Von einer Gesellschaft, die sich der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlt, muß erwartet werden, daß sie Behinderte ausreichend fördert und unterstützt.

Hier beginnt der Aufgabenbereich der Behindertenbeauftragten, sie ist der erste Ansprechpartner für Behinderte, Verbände, Selbsthilfegruppe und Wohlfahrtsorganisationen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit war im zurückliegenden Jahr die Koordinierung der bestehenden Behindertenverbände und Selbsthilfegruppen. Ebenfalls die Unterstützung bei Aktionstagen, z. B. 15. Oktober 1997 "Tag des weißen Stocks", von einzelnen Verbänden und Selbsthilfegruppen.

In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt wurde der "Erste Selbsthilfegruppentag" des Landkreises Teltow-Fläming durchgeführt. Im Landkreis gibt es 60 Selbsthilfegruppen für chronisch Kranke und für Behinderte. Hier haben sich die Selbsthilfegruppen vorgestellt, um sich untereinander kennenzulernen und um betroffenen Bürgern anonym die Gelegenheit zu geben, sich über die Krankheit oder Behinderung zu informieren. Ziel der Veranstaltung war, die Selbsthilfegruppen im Landkreis zu vernetzen, öffentlichkeitswirksam zu werden sowie die Gründung neuer Gruppen.

Die Unterstützung der bestehenden Kontakt- und Begegnungsstätten für Menschen mit Behinderungen ist ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit. Begegnungsstätten gibt es in Jüterbog, Luckenwalde, Ludwigsfelde und Rangsdorf, die durch unterschiedliche Träger geleitet werden. Weitere Begegnungsstätten werden von den Sozialstationen im Landkreis Teltow-Fläming vorgehalten.

Die Kontakte zu Betrieben und Unternehmen der Region sind weiter gefestigt worden, um Menschen mit Behinderungen einen entsprechenden Arbeitsplatz zu vermitteln. Hier geht die Bereitschaft Behinderte einzustellen, aber deutlich zurück.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit mit der unteren Bauaufsichtsbehörde, um bei Umbau, Rekonstruktion oder Neubau die Durchsetzung der Brandenburgischen Bauordnung, Paragraph 56 zu gewährleisten. Alle Einrichtungen und andere Anlagen, die für die Öffentlichkeit bestimmt oder allgemein zugänglich sind, müssen in dem für den allgemeinen Besucherverkehr genutzten Teilen barrierefrei hergestellt und instandgehalten werden.

Die Versorgung mit behindertengerechten, barrierefreien Wohnraum im Landkreis Teltow-Fläming hat sich deutlich verbessert. Nicht zuletzt durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und persönliches Engagement der Behindertenbeauftragten ist es auch 1997 gelungen, darauf einzuwirken, daß bei baulichen Veränderungen die Belange der Menschen mit Behinderungen beachtet werden. Hier besteht aber immer noch erhöhter Handlungsbedarf, auch für die Behindertenverbände und Selbsthilfegruppen.

Der Kontakt mit den Förderschulen und den Integrationskinder-einrichtungen wurde weiter gefestigt.

Die Behindertenbeauftragte hält ständig Kontakt mit dem Leiter der Arbeitsgruppe "Kreishausneubau", um hier schon bei der Planung die Belange von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen.

Im Landkreis Teltow-Fläming sind 1995, laut Aussage des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, 8.455 Schwerbehinderte wohnhaft. Bei der Erhebung 1993 waren es 6.844 Bürger mit einem Schwerbehindertenausweis. Die Anzahl der Schwerbehinderten nimmt leider immer mehr zu und das wird auch bei den Beratungen an Sprechtagen der Behindertenbeauftragten deutlich. Die Beratungen von Menschen mit Behinderungen haben sich deutlich erhöht und die Hilfen sind nur mit Unterstützung von anderen Ämtern und Einrichtungen zu leisten.

Besonders intensive Zusammenarbeit gibt es mit der Behindertenberatung vom Gesundheitsamt, dem Sozialamt und dem Wohnungsförderungsamt.

Beratungsstellen der Freien Träger werden in die Arbeit mit einbezogen, hier ist besonders die "Wohnraumanpassungsberatungsstelle" des Deutschen Roten Kreuzes erwähnenswert. Menschen mit Behinderungen möchten in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung verbleiben und ein Leben in größtmöglicher Selbständigkeit führen. Dieser Wunsch ist berechtigt, verständlich sowie auch durchführbar und bedarf einer guten Koordinierung aller verfügbaren Einrichtungen durch die Behindertenbeauftragte, um für die Betroffenen dieses zu erreichen.

Wichtig ist die Zusammenarbeit mit der Versicherungsbehörde im Ordnungsamt der Kreisverwaltung, um Schwerbehinderten, die dazu nicht mehr selbst in der Lage sind, bei der Beantragung einer Erwerbsunfähigkeitsrente zu helfen. In Einzelfällen werden bei Menschen mit einer sehr schweren Behinderung auch Hausbesuche durchgeführt.

Menschen mit einer Behinderung sind mehr als andere Menschen abhängig von Hilfen und sozialer Unterstützung. Ihre Lebensqualität steht im direkten Zusammenhang mit der Qualität der Dienste und Einrichtungen, auf die sie zur Bewältigung ihrer besonderen Probleme zurückgreifen können. Maßnahmen zur zusätzlichen Betreuung für Behinderte werden von der Behindertenbeauftragten vorrangig initiiert und koordiniert. Besonderer Wert wird hier auf die ehrenamtliche Betreuung gelegt, aber auch auf Maßnahmen über das Arbeitsförderungsgesetz § 249 h und ABM.

In unserem Landkreis Teltow-Fläming leben etwa 28.960 Seniorinnen und Senioren. In den Ämtern und Städten gibt es 11 Seniorenbeiräte, die sich ehrenamtlich in der Arbeit mit und für die Senioren engagieren. Die "Arbeitsgemeinschaft der Senioren des Landkreises Teltow-Fläming" setzt sich aus gewählten Vertretern der Seniorenbeiräte der Ämter und Städte zusammen und wird durch die Seniorenbeauftragte mit Rat und Tat unterstützt.

Die demographische Entwicklung in Deutschland wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu weitreichenden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur und damit auch der gesellschaftlichen und individuellen Lebensbedingungen führen.

Seniorinnen und Senioren wollen auch in der Zeit ihres sogenannten "Ruhestandes" ihr Leben selbst gestalten. Sie möchten ihren Interessen nachgehen, ihre Hobbys pflegen. Die Seniorenbüros und Seniorenbegegnungsstätten sind die Anlaufstellen für ältere Menschen, die nach dem Berufsleben aktiv etwas für sich und andere tun wollen. Hier kann sich jeder über Ehrenamt und Selbsthilfe informieren und sich über individuelle Möglichkeiten in Kultur, Umwelt, Politik, Gesundheit und Soziales beraten lassen.

Ein großes Ereignis war die Vorbereitung und Durchführung der 4. Brandenburgischen Seniorenwoche vom 8. bis 14. September 1997. Die gelungene kreisliche Auftaktveranstaltung der Seniorenwoche fand im Kulturhaus in Ludwigfelde statt. Es nahmen Senioren aus dem gesamten Kreisgebiet daran teil.

Dem Landratsbereich zugeordnet ist auch der **Wirtschaftsförderungsbeauftragte**.

Die derzeitige schwierige wirtschaftliche Situation in Deutschland hat zwangsläufig auch Auswirkungen auf den Landkreis Teltow-Fläming. So gab es im Berichtszeitraum bei weitem nicht mehr so viele Grundsteinlegungen und Betriebsöffnungen, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war, dagegen eine Reihe von Konkursen. Daß der Landkreis im Rahmen seiner Möglichkeiten versucht, über eigene Aktivitäten gegenzusteuern, zeigen u. a. die erfolgreichen Aktivitäten im Biotechnologiepark Luckenwalde. Mit Hilfe der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft vollzieht sich hier eine für den Strukturwandel der Region bedeutsame Entwicklung. Die Eröffnung des Technologie- und Gründerzentrums am 8. September 1997, die zwischenzeitlich erfolgte Ansiedlung einer Reihe von biotechnologisch orientierten Firmen und eines Kollegs der Universität Potsdam haben positive Auswirkungen über die Landkreisgrenzen hinaus. Die vorhandenen engen Kontakte zu solchen Institutionen, wie Industrie- und Handelskammer, Kreishandwerkerschaft, Investitionsbank des Landes Brandenburg oder zu Vereinen und Verbänden, wie dem Fremdenverkehrsverband, Unterneh-

merverband, der Verbraucherzentrale, zur Wirtschaftsförderung

Brandenburg u. a., wurden dazu genutzt, Probleme der Wirtschaft kennenzulernen und - wenn möglich - Hilfe und Unterstützung zu geben. Diesem Anliegen dienten auch eine Reihe von Betriebsbesuchen oder eine Presseveranstaltung auf den Gewerbegebieten der Stadt Trebbin. In intensiver Zusammenarbeit mit der Investitionsbank des Landes Brandenburg wurden die Fördermittelanträge für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Schönhagen erstellt. Zur Realisierung des Gesamtkonzeptes hat der Kreistag am 20. Oktober 1997 die notwendigen Beschlüsse gefaßt.

Auch der durch Mittelkürzungen und veränderter Gesetzesgrundlage entstandenen schwierigen Situation auf dem zweiten Arbeitsmarkt hat sich der Landkreis mit Unterstützung des Kreistages gestellt. Der Beschluß des Kreistages vom 17. Februar 1997, 1.028 TDM zur Ko-Finanzierung von AB-Maßnahmen bereitzustellen, hat eine Flut von Anträgen ausgelöst, die in enger Zusammenarbeit mit den Dienststellen des Arbeitsamtes und den jeweiligen Trägern bearbeitet wurden. Positiver Nebeneffekt der Lage war die Einrichtung eines "Runden Tisches", der dazu geführt hat, daß eine wesentliche Verbesserung in der Zusammenarbeit eingetreten ist. Ziel ist es, zu einer Veränderung der Struktur der Trägerlandschaft zu kommen, zumindest bei den Arbeitsförderungsgesellschaften, an denen der Landkreis beteiligt ist. Bisheriger Höhepunkt auf diesem Gebiet war die Durchführung einer Regionalkonferenz am 30. September 1997 unter Beteiligung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, wo die Weichen für die weitere Arbeit gestellt wurden. Die durch den Kreistag bereitgestellten Mittel konnten per 30. Oktober 1997 zu 850.084,54 DM für 17 kreislich bedeutsame Maßnahmen eingesetzt und damit zugleich 167 Arbeitslosen eine ABM-Beschäftigung geboten werden. Neben den bereits erwähnten Arbeitsförderungsgesellschaften mit Kreisbeteiligung (LUBA, GAG, VAB), der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft und der Flugplatzgesellschaft Schönhagen gibt es eine intensive Zusammenarbeit mit den Betrieben des öffentlichen Personennahverkehrs. Der Landkreis als Aufgabenträger lt. ÖPNV-Gesetz trägt hier eine hohe Verantwortung. Nach Fertigstellung des Nahverkehrsplans bis 2001 und Beschlußfassung durch den Kreistag gibt es eine Reihe daraus abgeleiteter positiver Ergebnisse. Die Einrichtung je einer Stadtlinie in Ludwigsfelde und Luckenwalde, die Einführung eines Taktfahrplans in Jüterbog, die ÖPNV-Anbindung der Waldstadt und die versuchsweise Durchführung einer Tourismuslinie in die Nuthe-Nieplitz-Niederung sind hier nur einige Beispiele. Am erfolgreichsten ist die Stadtlinie Luckenwalde, die seit Januar 1997 mit durchschnittlich 6.700 Fahrgästen pro Monat sehr gut durch die Bevölkerung angenommen wurde. Auch durch Investitionen (drei Busse Stadtverkehr) wurde die Voraussetzung geschaffen, den ÖPNV noch attraktiver zu machen. Fünf neue Busse, die Fertigstellung eines neuen Betriebshofes der Verkehrsgesellschaft Königs Wusterhausen und Zossen mbH in Mittenwalde und der begonnene Neubau eines Werkstattgebäudes der Personennahverkehrsgesellschaft Nuthetal mbH in Luckenwalde tragen ebenfalls dazu bei. Der Nahverkehrsbeirat als ehrenamtliches Beratungsgremium begleitet die Verwaltung durch enga-

gierte Arbeit. Im Rahmen des inzwischen gegründeten Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg werden die Interessen des Landkreises durch den Landrat als Aufsichtsratsvorsitzender und den Wirtschaftsförderungsbeauftragten als Mitglied im Beirat der Gesellschafter vertreten. Die durch den Kreistag beauftragte Aufspaltung der Verkehrsgesellschaft Königs Wusterhausen und Zossen mbH wird derzeit auf der Grundlage eines WIBERA-Gutachtens bearbeitet. Um den Landkreis auch als Wirtschafts- und möglichen Investitionsstandort noch bekannter zu machen, gab und gibt es eine Reihe von Aktivitäten. Neben der Präsentation im Internet, wo u. a. sämtliche Gewerbegebiete dargestellt sind, hat die Landkreispräsentation mit dem Schwerpunktthema "Wirtschaft und Konversion" und die dazu durchgeführten Fachveranstaltungen in Bonn, Brüssel und Antwerpen zur o. g. Zielstellung einen wichtigen Beitrag geleistet.

Die Aufgabe des **Landesbeauftragten für die Waldstadt**, die Entwicklung der Waldstadt aus dem ehemaligen Hauptquartier der russischen Streitkräfte Wünsdorf zu einem zivil genutzten Standort für Wohnen und Gewerbe, konnte auf der Basis des 4. GemGlG zielstrebig voran gebracht werden. Die Planungen auf dem 590 ha großen Areal wurden durch ein Verkehrskonzept, die Tourismusrahmenplanung, die Aufstellung verschiedener B-Pläne sowie den Entwurf eines Flächennutzungsplanes weiter vervollständigt. Die Beauftragten der Gemeinde Waldstadt haben auf der Grundlage eines Bürgerentscheides beschlossen, nach der Kommunalwahl im Herbst 1998 gemeinsam mit Lindenbrück der Eingliederung in die Gemeinde Wünsdorf zuzustimmen.

Von dem als Siedlungsfläche geeigneten Teil des Militärareals wurden bisher ca. 100 ha durch die EWZ in Abstimmung mit den Beauftragten vermarktet. 16 Investoren verwirklichen zur Zeit überwiegend Wohnungsbauvorhaben. Durch das Land, die Gemeinde und die EWZ wurde ein Investitionsvolumen von ca. 160 Millionen DM eingesetzt.

Von den sanierungsfähigen 3500 Wohnungen befinden sich zur Zeit 1000 im Ausbau, bereits 350 Wohnungen sind fertiggestellt und überwiegend schon bezogen. Mit dieser Entwicklung wird die Waldstadt am Jahresende 1997 einen Einwohnerstand von ca. 1000 (im Jahr 2005 sollen es etwa 8.000 bis 10.000 EW sein) erreichen.

Diese positive Bilanz setzt sich bei der Realisierung notwendiger Infrastrukturmaßnahmen (verkehrliche Anbindung, ÖPNV, Medienversorgung) ebenso fort wie bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Landesregierung verlagerte aus sechs Ministerien bisher elf Landesbehörden und die Kreisverwaltung richtete vorübergehend zwei Fachämter sowie die Wirtschaftsförderungsgesellschaft an diesem Standort ein. Insgesamt wurden damit für 644 Bedienstete Arbeitsplätze in der Waldstadt be-

reitgestellt, bzw. verlagert. Außerdem entstanden bisher 73 Arbeitsplätze durch die Ansiedlung mittelständigen Gewerbes und weitere 364 Bürger konnten durch die GAG über ABM und Fortbildung sowie Projektarbeitsplätze beschäftigt werden. Für 1998 zeichnet sich ab, daß weitere 100 Arbeitsplätze bei neuansiedelnden Firmen und ca. 400 Behördenarbeitsplätze der Landesregierung in der Waldstadt entstehen.

Die dreizügige Grundschule Waldstadt wird nach den Osterferien 1998 den Schulbetrieb aufnehmen. Mit 3,9 Millionen EU-Mitteln wird durch die Sanierung eines geeigneten im kommunalen Besitz befindlichen Objektes zum Bürgerhaus unter anderem die Möglichkeit der Einrichtung einer Musik- und Kunstschule untersucht. In der bereits erwähnten Tourismusrahmenplanung sind in Abstimmung mit dem Fremdenverkehrsverband Schwerpunkte für die Entwicklung eines militärhistorischen Museumsparkes, der Entwicklung einer Bücherstadt (mit einem künstlerischen Veranstaltungsprofil) und die Möglichkeiten einer breiten sportlichen Betätigung einschließlich aktiver Erholungsmöglichkeiten aufgezeigt. An der Umsetzung wird zur Zeit gemeinsam mit der EWZ gearbeitet.

Neben den Beauftragten ist die **Pressestelle** mit den beiden Aufgabenbereichen Pressearbeit und Öffentlichkeitsarbeit dem Landratsbereich direkt zugeordnet.

Der Bereich Pressearbeit betrifft die Zusammenarbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming mit den regionalen Medien. Im Landkreis Teltow-Fläming erscheinen drei Lokalausgaben für die Bereiche Jüterbog, Luckenwalde und Zossen der Märkischen Allgemeinen Zeitung und die Lausitzer Rundschau mit der Lokalausgabe Dahme. Diese Tageszeitungen sowie die Berliner Morgenpost, die Wochenzeitungen Blickpunkt und Wochenspiegel mit den im Landkreis Teltow-Fläming vertretenen Ausgaben und der Rundfunksender Antenne Brandenburg erhalten Informationen in Form von Pressediensten aus der Kreisverwaltung Teltow-Fläming über die Pressestelle. Bei Anfragen und Interviewwünschen der genannten Medien und auch darüber hinaus wird durch die Pressestelle umgehend reagiert.

Die durch die Pressestelle verfaßten Pressedienste mit aktuellen Informationen aus der Kreisverwaltung beruhen auf Informationen aus den Ämtern oder auf Eigeninitiative nach entsprechenden Absprachen mit dem jeweils zuständigen Fachamt. Neben diesen Pressediensten erfolgt die Organisation von thematischen Pressegesprächen und -terminen.

Von Januar bis Anfang Dezember wurden insgesamt 492 Pressedienste mit Informationen aus allen Dezernaten herausgeben. Der größte Teil, knapp 400, der verfaßten Presseinformationen behandelten Themen aus dem Dezernat III, wobei über Angebote der Kreisvolkshochschule als einem Sachgebiet des Schulverwaltungs-

amtes am häufigsten informiert wurde. An zweiter Stelle stehen Informationen aus dem Kulturamt, die an die Medien weitergegeben wurden. Die weiteren Pressedienste behandelten Themen, die sich mit den Dezernaten I, II und IV befaßten. Anhand des täglich erstellten Pressespiegel, in dem die gesamte Regionalpresse ausgewertet wird, kann eingeschätzt werden, daß die verfaßten Pressedienste durchschnittlich in zwei bis drei der genannten Tages- bzw. Wochenzeitungen des Landkreises erschienen sind.

Weiterhin fanden 1997 monatlich ein bis zwei Pressegespräche statt. Der größte Teil der Gespräche waren Termine direkt mit dem Landrat, der den Vertretern der Medien für Fragen zu Verfügung stand oder über aktuelle Ereignisse informierte. Der andere Teil befaßte sich mit fachspezifischen Themen aus den Ämtern. Zu Presseterminen wurde durch die Pressestelle 21 mal eingeladen. Die Journalisten erhielten Einladungen zu Ereignissen wie zum Beispiel Grundsteinlegungen, Straßeneinweihungen, Auszeichnungsveranstaltungen für Feuerwehren usw. Anfang des Jahres wurden Informationsfahrten mit den Abgeordneten und den Pressevertretern zu Baumaßnahmen, die im Rahmen der kreislichen Prioritätenliste gefördert wurden, sowie zur Landwirtschaftssituation organisiert.

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sind die Mitarbeiter der Pressestelle vor allem für die Herausgabe des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming verantwortlich. Bis zum Jahresende 1997 gab es 51 Ausgaben des Amtsblattes. Das kreisliche Amtsblatt wird derzeit von rund 30 Abonnenten, den Amtsdirektoren und hauptamtlichen Bürgermeistern regelmäßig bezogen und an alle Kreistagsabgeordneten sowie die öffentlichen Bibliotheken des Landkreises Teltow-Fläming verschickt.

Im Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming" werden neben den Tagesordnungen und Beschlüssen des Kreistages Teltow-Fläming und der beschließenden Ausschüsse zahlreiche amtliche Bekanntmachungen veröffentlicht. Dies waren vor allem Bekanntmachungen der Kreissparkasse, der Kommunalaufsicht und des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen. Weiterhin erfolgt die Veröffentlichung von Satzungen, zum Beispiel vom Südbrandenburgischen Abfallzweckverband und den Wasser- und Abwasserzweckverbänden, die im Landkreis ihren Zuständigkeitsbereich haben. Gedruckt wird das Amtsblatt, dessen Erscheinen oft an sehr kurzfristige Terminstellungen gebunden ist, in der zum Hauptamt gehörenden Hausdruckerei.

Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit war 1997 die Mitwirkung der Pressestelle bei der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Landkreispräsentationen in der Vertretung des Landes Brandenburg in Bonn, im Verbindungsbüro des Landes Brandenburg in Brüssel und in der Handelshochschule in Antwerpen. Diese Landkreispräsentation in Form einer Ausstellung mit begleitenden fachspezifischen Informationsveranstaltungen zu den Themen Wirtschaft, Konversion, Tourismus und Kultur sowie Wohnen erreichte reges Interesse an allen drei

Veranstaltungsorten. Zu den Eröffnungsveranstaltungen konnten jeweils ca. 150 bis über 200 geladene Gäste begrüßt werden. Auch zahlreiche Vertreter aus dem Landkreis Teltow-Fläming, wie der ausstellenden Unternehmen, der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft, des Fremdenverkehrsverbandes, der Industrie- und Handelskammer, der Kreishandwerkerschaft - um nur einige zu nennen - ließen es sich nicht nehmen, vor Ort Gespräche zu führen und Kontakte zu knüpfen.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit war der Einstieg des Landkreises Teltow-Fläming ins Internet. Durch die Pressestelle wurde entsprechendes Material für die Rubriken Kreistag, Kreisverwaltung, Tourismus und Kultur, Wirtschaft und Veranstaltungen zusammengestellt und aufbereitet. Mit Hilfe von Studenten der Fachhochschule in Brandenburg erfolgte die Gestaltung der html-Seiten, so daß der Landkreis Teltow-Fläming ab Mitte August unter der Adresse <http://www.teltow-flaeming.de> im Internet zu finden ist. Die Pressestelle ist für die ständige Aktualität der Internet-Seiten verantwortlich, und Ziel ist es, die Internetpräsentation, zum Beispiel mit dem Ausbau der Wirtschaftsseiten, für den Internetnutzer immer informativer zu gestalten.

Weiterhin gehörte - in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und den jeweiligen Fachämtern - die Organisation von größeren Veranstaltungen im Landkreis zu den Aufgaben der Pressestelle. Hier seien zum Beispiel genannt der Neujahrsempfang 1997, die Besuche der Bildungsministerin Angelika Peter und des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Hartmut Meyer sowie der Besuch einer ungarischen Delegation.

Durch die Pressestelle erfolgte die redaktionelle Bearbeitung und grafische Gestaltung von Faltblättern zur Brandenburgischen Frauenwoche und zur Seniorenwoche im Landkreis Teltow-Fläming. Des weiteren wurden Grußworte für die unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen im Landkreis und Zuarbeiten für Verlagspublikationen verfaßt sowie zahlreiche Bürgeranfragen an die Pressestelle, zum Beispiel zum neuen Kreiswappen, beantwortet.

Das **Hauptamt**, zum **Dezernat I** gehörend, umfaßt die Bereiche Zentrale Verwaltung, Organisation, Automatisierte Datenverarbeitung (ADV) sowie Kreistag, Statistik und Wahlen. An dieser Stelle soll auf einige ausgewählte Aufgabenbereiche des Hauptamtes 1997 näher eingegangen werden.

• Statistisches Jahrbuch 1996

Im Mai 1997 erschien das Statistische Jahrbuch des Landkreises Teltow-Fläming zum dritten Mal. Auf knapp 100 Seiten findet sich aktuell statistisch aufgearbeitetes Zahlenmaterial. Es stellt eine repräsentative Informationsquelle zu Entwicklungen in unserem Landkreis dar. Neu aufgenommen wurden u. a. die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnraumzählung sowie Ergebnisse der Volksabstimmung Berlin/Brandenburg. Interessant ist auch die erstmalige Auswertung der Bevölkerungsentwicklung im Landkreis seit 1994.

• Aktivitäten des Sachgebietes Organisation im Jahr 1997

Externe Organisationsuntersuchungen

Dem kontinuierlich wachsenden Aufgabenumfang steht der steigende Anspruch an die Leistungsfähigkeit bei gleichzeitiger Senkung der Verwaltungskosten gegenüber. Der regelmäßig größte Kostenanteil entfällt bei Verwaltungsdienstleistungen auf die Personalkosten. Der überwiegende Teil der Sachkosten wird ebenfalls unmittelbar durch die Zahl der Mitarbeiter bestimmt (Raumbedarf, Technik- und Büroausstattung).

Dieser Tatsache entsprechend hat im Jahre 1995 die Verwaltungsleitung entschieden, Organisationsuntersuchungen durchzuführen und den Auftrag extern auszuschreiben.

Mit Beschluß der Beigeordneten- und Dezernentenberatung vom 25. Januar 1996 hat die WIBERA Wirtschaftsberatung AG den Auftrag zur Organisationsuntersuchung im Umweltamt und Gesundheitsamt erhalten. Ausgangspunkt der Untersuchungen in beiden Ämtern bildete die Analyse des Aufgabenbestandes und der Aufgabenentwicklung.

Die aufgabenkritische Betrachtung des Aufgabenbestandes beinhaltete unter anderem

- eventuellen Verzicht von Aufgaben,
- Einschränkung von Aufgaben,
- Privatisierung von Aufgaben,
- Aufgabenverlagerung sowie
- Senkung von Aufgabenstandards.

Die Schwerpunkte der Untersuchung zur Aufbau- und Ablauforganisation konzentrierten sich auf die

- horizontale und vertikale Gliederung (Dezernate, Ämter, Sachgebiete),
- Leitungsstruktur,
- Aufgabenbündelung und Verteilung der Aufgaben,
- Regelung der Zuständigkeiten und
- Verfahrensabläufe.

Zu den Erhebungsinstrumenten und -verfahren gehörten

1. Schriftliche Instrumente

- Vorschlagsblatt für Anregungen, Kritiken und Meinungen der Mitarbeiter (die Ausfüllung des Vorschlagsblattes von den Mitarbeitern erfolgte anonym)
- Personalstrukturanalyse (Vergütung, Qualifikation, Alter) Vordruck Stellen- und Personalübersicht
- . Aufgabengliederung der Ämter/Stellenbeschreibungen

2. Durchführung von Workshops, Einzel- und Gruppengesprächen mit Leitungskräften (Amtsleiter, Sachgebietsleiter und ausgewählten Mitarbeiter)

Das Spektrum der Untersuchung war äußerst umfangreich und sehr tiefgründig und benötigte einen Zeitaufwand, den die Kreisverwaltung Teltow-Fläming aus eigener Kraft (gegenwärtig zwei Organisatoren im Hauptamt) in dieser umfassenden Form nicht hätte durchführen können.

Die WIBERA-AG benötigte einen Zeitumfang von rund zwölf Monaten bis zum endgültigen Vorliegen der Untersuchungsergebnisse in Form der Gutachten.

Erste Ergebnisse der externen Organisationsuntersuchungen

Nach Vorliegen der endgültigen Fassungen der Gutachten zu den Organisationsuntersuchungen im Umwelt- und Gesundheitsamt im Januar 1997 bzw. im April 1997 wurde umgehend mit der Umsetzung der Ergebnisse begonnen. Dazu wurden Projektgruppen gebildet.

Umweltamt

Der Verwaltungsleitung wurde am 14. April 1997 ein durch das Hauptamt, Sachgebiet Organisation, erarbeiteter Maßnahmenplan vorgelegt, der die wesentlichsten Schwerpunkte, gegliedert in zeitliche Etappen, zur Auswertung des Gutachtens festschreibt, wie:

- Auflösung des Sachgebietes Verwaltung;
- Neugliederung der Verwaltungsaufgaben mit struktureller Anbindung an die Amtsleitung;
- Zuordnung der Sachbearbeiter, die Rechtsakte der drei unteren Behörden fachlich begleiten, in die zuständigen „Unteren Behörden“ (Sachgebiete);
- Überprüfung der Aufgabenzuordnungen in den „Unteren Behörden“ hinsichtlich höher- und minderwertiger Tätigkeiten;
- Erarbeitung eines effizienten TUI-Konzeptes;
- Durchführung von Arbeitsaufzeichnungen durch die Mitarbeiter des Amtes in der Zeit vom September bis Dezember 1997 als Grundlage für die Stellenbemessung.

Diese Maßnahmen dienen dem Ziel:

- Reduzierung des Arbeitsmehraufwandes, Verbesserung des Informationssystem innerhalb des Amtes sowie die Beschleunigung von Arbeitsabläufen, ggf. forciert durch Doppelarbeiten infolge der gegenwärtig bestehenden Struktur (drei Sachgebiete „Untere Behörden und ein Sachgebiet Verwaltung):
- Förderung der ganzheitlichen Sachbearbeitung;
- Stellenoptimierung, ggf. durch die schrittweise Zusammenführung der Aufgaben des Technik- und Verwaltungsbereiches;
- Kosteneinsparung (Personal- und Verwaltungssachkosten).

Durch die Projektgruppe wurde ein Zielkonzept zur Strukturveränderung im Amt erarbeitet, welches insbesondere nachstehende Stellenoptimierung beinhaltet:

Ist-Stellen im Amt	WIBERA-Empfehlung zur Stellenreduzierung in Etappen	Zielkonzept der Stellen		
		Anfang 1998	2001	2003
63	46,6	54,6	51.6	49.9

Die Differenz zwischen WIBERA-Empfehlung und dem erarbeiteten Zielkonzept liegt darin begründet, daß

1. die WIBERA-Ergebnisse ohne vorliegende Fallzahlen auf der Grundlage theoretischer Berechnungen und Vergleichsermittlungen erstellt wurden und
2. der Bearbeitung von Widersprüchen im Gutachten nicht der angemessene Stellenwert zugeordnet wurde.

Die Stellenreduzierung Anfang 1998 von 63 auf 54,6 Stellen ist die Konsequenz, bislang unbesetzte Stellen ersatzlos zu streichen. Die Aufrechterhaltung und Besetzung dieser Stellen würde, ohne den Anspruch einer genauen Personalkostenberechnung zu erheben, einen ungefähren Jahreswert an Personalkosten mit Zukunftsbelastung ohne Verwaltungsgemeinkostenzuschlag von 518.700,00 DM ergeben.

Die weiteren Stellenreduzierungen, vorgesehen für die Jahre 2001 bis 2003, sollen mittels veränderter Aufgabenzuordnungen unter Berücksichtigung der Sozialverträglichkeit gegenüber den Stelleninhabern erfolgen, wie zum Beispiel im Falle freierwerdender Stellen durch Eintritt in das Rentenalter. Dieser Zielstellung geht eine weitere Überprüfung des notwendigen Stellenbedarfs unter Beachtung der sich stetig ändernden Gesetzlichkeiten/Aufgabenstellungen voraus.

Die Personalkosteneinsparung würde bei Umsetzung des Zielkonzeptes für das Jahr 2001 (drei Stellen = Personalkosten-Jahreswert je Stelle von rd. 64.400,00 DM bei VergGr Vb/Allg. Tarifvertrag) rd. 192.000,00 DM ergeben.

Gleiches trifft für die weiterhin beabsichtigte Stellenreduzierung unter gleichen Voraussetzungen für das Jahr 2003 zu.

Gesundheitsamt

Am 14. Juli 1997 erhielt die Verwaltungsleitung auch für das Gesundheitsamt vom Hauptamt/Sachgebiet Organisation einen Maßnahmenplan.

Mit der Umsetzung der Empfehlungen des WIBERA-Gutachtens ist als Gesamtziel die Festlegung von Aufgabenstandards unter Beachtung eines hohen Aufklärungsgrades der Bevölkerung sowie der Akzeptanzsteigerung für gesundheitspolitische Maßnahmen bei gleichzeitiger Einsparung von Personal- und Verwaltungssachkosten zu verfolgen.

Dieser Plan beinhaltet schwerpunktmäßig:

- die Durchführung einer umfassenden Aufgabenanalyse zur Feststellung von Aufgabenstandards im Amt;
- eine Ablauforganisation zu Optimierung von Arbeitsprozessen/-abläufe mit Erzielung eines hohen Betreuungsstandardes sowie Steigerung der Präventions- und Gesundheitsförderungsarbeit sowie;
- Personalmanagement, insbesondere die Betrachtung der Bedarfs- und Fortbildungsplanung sowie die Einführung eines regelmäßigen Personalberichtswesens.

Seit Beginn der WIBERA-Untersuchung ist bereits folgende Entwicklung im Gesundheitsamt zu verzeichnen:

Ausgangssituation Mai 1996	Empfehlungen der WIBERA-AG (ohne Vorgabe eines Zeitrahmens)	Situation am 30. Juni 1997
8 Sachgebiete	7 Sachgebiete	7 Sachgebiete
83 Stellen	51,75 Stellen	74 Stellen
77,80 Beschäftigte	51,75 Stellen/ Beschäftigte	68,51 Beschäftigte

Zu bemerken ist, daß die WIBERA-AG keine Trennung zwischen Stellen und Beschäftigten vorgenommen hat. Damit werden prinzipiell Stellen und Beschäftigtenanzahl (Vollzeit und Teilzeit) gleichgesetzt. In der empfohlenen Stellenanzahl wurde ein Mindeststandard zu Grunde gelegt.

Die tabellarisch dargestellte Entwicklung bereits während der laufenden Organisationsuntersuchung stellt eine schnelle Reaktion auf die ersten bekanntgewordenen Untersuchungsergebnisse dar. So konnten wegen der fachlichen Zusammengehörigkeit die ursprünglichen Sachgebiete "Infektionsschutz" und "Gesundheitlicher Umweltschutz" zu einem Sachgebiet "Hygiene und Umweltmedizin" vereint werden.

Bei Ausscheiden von Beschäftigten erfolgte umgehend eine Prüfung, ob die Aufgaben dieser Stelle weiterhin notwendiger Weise durch die Kreisverwaltung zu erfüllen sind oder/und durch Aufgabenumverlagerungen Stellen freigesetzt und somit in diesem Amt nicht mehr benötigt werden.

Fazit der Erfahrungen und Ergebnisse der ersten umfassend durchgeführten Organisationsuntersuchungen ist, daß Kapazitätsplanung und -steuerung nicht mehr länger nur als Begriff verstanden wird, sondern der regelmäßige Abgleich zwischen Personalbedarf und Aufgabenspektrum notwendig wird. Personalbedarfsrechnungen ermöglichen laufende Beurteilungen der Auslastung und des Leistungsgrades von Organisationseinheiten.

Die einzusetzenden finanziellen Mittel für die externe Auftragserteilung komplexer Organisationsuntersuchungen in ausgewählten Amtsbereichen führen zu einer rationellen Verwaltungsorganisation und damit zu einer realisierbaren Kosteneinsparung.

Interne Organisationsuntersuchungen

In den Ämtern der Kreisverwaltung Teltow-Fläming wurden bzw. werden Strukturveränderungen bzw. Überprüfungen von Aufgabenzuordnungen mit dem Ziel durchgeführt, unbesetzte Stellen aus dem Stellenbedarf des Amtes zu streichen oder auch übertragene neue Aufgaben vorhandenen Stellen zuzuordnen, ohne zusätzliche Stellen zu schaffen.

• Sachgebiet Automatisierte Datenverarbeitung (ADV)

Im Jahre 1997 wurde durch das Sachgebiet ADV die Ausstattung der Arbeitsplätze in der Kreisverwaltung mit moderner Rechentechnik wesentlich erweitert. Dazu wurden ca. 150 PC beschafft.

Entsprechend der Bedarfsmeldungen durch die Fachämter wurden damit Arbeitsplätze, an denen bis dahin keine PC-Technik vorhanden war, automatisiert bzw. alte verschlissene Technik, vorrangig AT286 durch neue Technik ersetzt. So konnten Defizite, besonders im Umweltamt, Sozialamt und Hoch- und Tiefbauamt, behoben werden.

Der am Verwaltungssitz Luckenwalde eingesetzte RM400/530-Server, bei dem die Kapazitätsgrenzen für die Aufnahme weiterer Nutzer erreicht waren, wurde durch einen leistungsfähigeren RM400/C80-Server ersetzt. Der somit freigewordene RM400/530-Server wurde am Verwaltungssitz Zossen zur Erweiterung des dortigen Rechnernetzes zum Einsatz gebracht. Damit wurden am Verwaltungssitz Zossen bezüglich der Bürokommunikation die gleichen Arbeitsbedingungen wie am Verwaltungssitz Luckenwalde geschaffen.

Im Oktober wurde zwischen dem Standort Puschkinstraße und dem Standort Beelitzer Tor eine Richtfunkverbindung installiert. Dadurch ist es möglich, die Mitarbeiter des Veterinäramtes und der Unteren Wasserbehörde in das Rechnernetz Grabenstraße/Puschkinstraße einzubinden, wodurch vor allem die für das Umweltamt geplante rechnergestützte Vorgangsbearbeitung und für alle Mitarbeiter der Zugriff auf zentrale Dokumenten-Vorlagen möglich wird.

Auch eine Teilnahme am Netz des K3-Umweltinformationssystems für die Mitarbeiter des Standortes Beelitzer Tor ist somit realisierbar.

In Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Brandenburg wurde die Präsentation des Landkreises Teltow-Fläming mit ca. 200 Seiten im Internet realisiert.

Neben der Einführung mehrerer kleiner ADV-Fachanwendungen wurde die Anwendung einiger zentraler Projekte, wie dem Ordnungswidrigkeitenverfahren IKOL-OWI und dem K3-Umweltinformationssystem, vorbereitet bzw. realisiert.

Im Rahmen der geographischen Informationsverarbeitung mit dem Programmsystem ARCVIEW konnte flächendeckend Kartenmaterial in verschiedenen Maßstäben bereitgestellt werden. In Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und der Firma UMAK wurden die Gemarkungs- und Flurgrenzen digitalisiert. Mit Unterstützung des Sachgebietes ADV wurden im Ordnungsamt und Umweltamt fachspezifische Themen bearbeitet, wie zum Beispiel Bebauungspläne, Altlastenstandorte, Bergfelder.

Wie auch in den Vorjahren war die Arbeit des **Personalamtes**, welches ebenfalls zum Dezernat I gehört, geprägt von einem kontinuierlichen und sozialverträglichen Personalabbau.

Auf Grund des bestehenden Sozialplanes haben zum Jahresende weitere zehn Mitarbeiter der Kreisverwaltung ihr Arbeitsverhältnis beenden. Diesbezüglich wurden Gespräche mit den Arbeitsämtern in Zossen und Luckenwalde geführt, um eventuelle Sperrfristen auszuschließen.

Im Haushaltsjahr 1997 konnte erstmalig die Vorgabe durch das Ministerium des Innern erreicht werden. Das heißt, der Personalbestand hat in der Kernverwaltung die Orientierungsgröße von fünf Mitarbeitern je 1000 Einwohner erreicht. Diese Zielstellung wurde sozialverträglich, das heißt ohne Kündigungen erreicht.

Schwerpunkt der weiteren Arbeit ist es, den insgesamt noch zu hohen Personalbestand abzubauen. Dieser resultiert insbesondere bei technischem Personal der Außen- und Nebenstellen der Kreisverwaltung, wie zum Beispiel Reinigungskräfte, Hausmeister, Kraftfahrer usw. Die betreffenden Stellen sind mit einem KW-Vermerk gekennzeichnet.

Neben den bereits genannten Problemen wurde auch 1997 der Aus- und Fortbildung, das heißt der weiteren Qualifizierung der Mitarbeiter ein besonderes Interesse entgegengebracht.

So konnten 30 Mitarbeiter einen AI-Lehrgang beginnen und 20 Mitarbeiter einen AI-Lehrgang erfolgreich beenden. Neun Mitarbeiter haben den Berufsabschluß als Verwaltungsfachangestellte erlangt. 20 Mitarbeiter befinden sich gegenwärtig in der Fortbildung zum Verwaltungsfachwirt.

Des weiteren beenden 1997 acht Mitarbeiter einen Beamtenanpassungslehrgang für den gehobenen Dienst sowie fünf Mitarbeiter (Amtsleiter und Sachgebietsleiter) einen Beamtenanpassungslehrgang für den höheren Dienst.

Dennoch ist es zwingend erforderlich, daß noch ca. 50 Bedienstete einen AI-Lehrgang und ca. 90 Bediensteten einen AII-/Verwaltungsfachwirt-Lehrgang absolvieren.

Mit einem Personalbestand von 12 Mitarbeitern obliegt dem **Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt** die örtliche Prüfung des Landkreises Teltow-Fläming sowie die örtliche und überörtliche Prüfung in elf Ämtern, 119 amtsangehörigen Gemeinden und fünf Zweckverbänden.

In der angespannten Situation der immer knapper werdenden Haushaltsmittel kommt der prüfungsabhängigen und prüfungsfreien Einflußnahme des RPA/GPA eine besondere Bedeutung zu.

Im Jahr 1997 gelang eine spürbare Abarbeitung der Arbeitsrückstände. Damit wurden erstmals Freiräume geschaffen, um neben der laufenden Haushaltskontrolle und den Jahresrechnungsprüfungen mehr überörtliche Prüfungsaufgaben lösen zu können. Die Prüfungshandlungen konzentrierten sich schwerpunktmäßig auf die Feststellung, ob die Gesetze und die zur Erfüllung von Aufgaben ergangenen Weisungen eingehalten, die zweckgebundenen Staatszuweisungen bestimmungsgemäß verwendet und die Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet wurden.

Die Prüfungsergebnisse lösten in den Verwaltungen vielfache Impulse aus, die spontan zur Beseitigung aufgezeigter Mängel und Schwachstellen führten und das Kostenbewußtsein beim Umgang mit den Steuergeldern schärfen halfen.

Die **Kämmerei** hat einen wesentlichen Anteil daran, daß der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1997 trotz anfänglicher Schwierigkeiten ausgeglichen vorgelegt und beschlossen werden konnte.

Der ursprüngliche Fehlbedarf nach ersten Anmeldungen der Fachämter betrug im Verwaltungshaushalt 15,0 Mio. DM und im Vermögenshaushalt 13,8 Mio. DM. Nach Diskussion und Aussprachen mit den einzelnen Fachämtern und Einsatz aller vorhandenen Reserven, wie Verkauf von Aktien und Wertpapieren aus dem ehemaligen Kreis Teltow und Entnahme aus der Rücklage sowie durch Ausgabekürzungen wurde dann der Ausgleich erreicht.

Bei der in der Haushaltssatzung festgesetzten Aufnahme eines Kredites in Höhe von 1.620.000 DM handelt es sich um das zinslose Darlehen vom Land für die Baumaßnahme Gymnasium Luckenwalde. Weitere Kreditaufnahmen, vor allem beim öffentlichen Kreditmarkt, waren nicht notwendig. Die Aufnahme eines Kassenkredites war im Haushaltsjahr 1997 nicht nötig, da die Kreis-kasse liquide war.

Die Aufgaben des **Rechtsamtes**, ein weiteres Amt im Dezernat I, verteilen sich auf sechs Aufgabenschwerpunkte, auf denen nachfolgend näher eingegangen werden soll.

- Prozeßtätigkeit für den Landkreis

Auffällig ist ein starker Anstieg bei den Verfahren vor den Verwaltungsgerichten, hier liegt eine Steigerung von fast 25 % vor. Für das gesamte Jahr hochgerechnet wird hier zum ersten Mal die Grenze 100 überschritten. In der Tendenz (1996: 84, 1995: 60) ist mit einem weiteren Steigen der verwaltungsgerichtlichen Auseinandersetzungen zu rechnen. Auf allen anderen Gebieten sind die Prozeßzahlen gleichbleibend, im Arbeitsrecht stark rückläufig, so daß im Vergleich zum Vorjahr in der Gesamtbetrachtung bei dem Neueingang von Klagen lediglich ein geringer Anstieg zu verzeichnen ist.

	1995	1996	1997 (hochgerechnet)
Verwaltungs- ge- richt:	59	84	104
Arbeitsgericht	5	20	8
Zivilgericht	9	4	4
Sozialgericht	5	4	1
insgesamt:	78	112	117

- Investitionsvorrangverfahren

Die Anzahl der Anträge nach dem Investitionsvorranggesetz ist gleichbleibend, wohingegen die Verfahren hinsichtlich der Bescheinigungen zur beschleunigten Grundbucheintragung wiederum zahlenmäßig zugenommen haben (25 %).

- Beratungstätigkeit für die Dezernate der Kreisverwaltung

Die Beratungsverfahren liegen wieder auf dem Niveau von 1995 und damit leicht rückläufig.

	1995	1996	1997 (hochgerechnet)
Landrat, Dezernat I:	102	136	124
Dezernat II:	27	41	32
Dezernat III:	94	56	60
Dezernat IV	9	33	15
insgesamt:	232	266	231

Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden

	1995	1996	1997 (hochgerechnet)
	54	50	58

- Versicherungsangelegenheiten

Das Gesamtvolumen der geltend gemachten, teilweise schon ausgeglichenen Schäden, beläuft sich für den Zeitraum 1. Oktober 1996 bis 30. September 1997 auf 1.200.000 DM im Vergleich zu 454.000 DM im Vorjahreszeitraum. Hauptposten sind dabei die Sachschäden für die kreiseigenen Geschwindigkeitsmesser (147.000 DM) und die im Berichtszeitraum geltend gemachten Schäden aus behaupteten Amtspflichtsverletzungen (862.000 DM, Steigerung um das 8fache!). Die aufzubringenden Versicherungssummen (ca. 550.000 DM) konnten auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden, so daß durch den allgemeinen Anstieg der Schadensbeträge keine Mehrbelastung des Haushaltes zu verzeichnen ist.

- Sachgebiet Kommunalaufsicht

Im Sachgebiet Kommunalaufsicht ist neben der Genehmigungsfähigkeit von Haushalts- und Nachtragshaushaltssatzungen für drei amtsfreie Gemeinden, elf Ämter und 115 amtsangehörige Gemeinden (ohne Waldstadt) über die Haushaltssatzungen bzw. Wirtschaftspläne einschließlich der Nachträge für sieben Zweckverbände zu entscheiden.

Weiterhin obliegt dem Sachgebiet die Prüfung der Genehmigungsfähigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der kreisangehörigen Körperschaften sowie die Prüfung der Veräußerung von Vermögensgegenständen, von Bürgschaften und anderen kommunalen Rechtsgeschäften.

Den Hauptschwerpunkt der Tätigkeit des Sachgebietes im Jahre 1997 bildete die Prüfung des Zustandekommens der Zweckverbände nach dem Zweckverbandssicherungsgesetz, die Beratung der Gemeinden und Prüfung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zu freiwilligen Gemeindezusammenschlüssen sowie die Prüfung von Anträgen der Gemeinden zur Bewilligung von Bedarfszuweisungen aus dem Haushaltssicherungsfonds des Landes. Auch die Beratung von Zweckverbänden und Gemeinden, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, nimmt einen erheblichen Teil der Tätigkeit der Mitarbeiter des Sachgebietes in Anspruch.

In den Städten und Gemeinden des Landkreises Teltow-Fläming gab es verstärkt Bemühungen, nach Lösungen und neuen Wegen zu suchen, die knappen finanziellen Mittel zum Wohle ihrer Bürger gezielter einsetzen zu können. Viele Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen des Landkreises faßten deshalb Grundsatzbeschlüsse für den Zusammenschluß mit benachbarten Gemeinden, um eine Bündelung der finanziellen Mittel zu erreichen.

In der überwiegenden Zahl dieser Gemeinden haben sich die Bürger der Entscheidung der Gemeindevertreter bzw. Stadtverordnetenversammlung angeschlossen und im Rahmen von Bürgerentscheiden für die beabsichtigten Zusammenschlüsse votiert.

	1997	1998
Ämter	11	9
amtsangehörige Gemeinden	116	63
amtsfreie Gemeinden	1	2
amtsfreie Städte	2	3

Das zum **Dezernat II** gehörende **Amt zur Regelung offener Vermögensfragen** (ARoV) hat seit dem 21. Oktober 1996 die Hauptstelle gemeinsam mit der ehemaligen Nebenstelle aus Jüterbog ihren neuen Sitz in Waldstadt, Hauptallee 116/1 bezogen. Da seit Mai 1997 auch die Stelle für Grundstücksverkehr im gleichen Gebäude untergebracht wurde, werden die Vorteile, die sich aus der Zusammenlegung für die Effizienz der Arbeitsabläufe ergeben, seit diesem Zeitpunkt noch intensiver genutzt.

Im ARoV sind insgesamt 52 Mitarbeiter tätig. Durch Unterstützungsmaßnahmen des Bundes sind darüber hinaus derzeit sechs Rechtsanwälte beschäftigt.

Statistikübersicht

(Stand: 30. September 1997)

1. Anzahl der vermögensrechtlichen Anträge incl. Anträge auf Einräumung von Vorkaufsrechten

Zahl der Anträge	17.621
Ansprüche	39.729
beschiedene Ansprüche:	24.752 = 62,3%

2. Anzahl der Vermögenswerte (i.d.R. Flurstücke), zu denen Auskunftersuchen (Anträge auf Negativattest) vorliegen:

Anfragen:	80.783 Vermögenswerte
Auskünfte:	71.926 = 89%

3. Widersprüche: 1.532

4. anhängige Verwaltungsgerichtungsverfahren: 226

5. Stelle für Grundstücksverkehr

Anzahl der EDV-erfaßten Anträge:	20.173
davon Erledigungen:	10.483 = 52%

Die Aufgaben eines weiteren Amtes des Dezernates II, des **Ordnungsamtes**, sollen anhand der einzelnen Sachgebiete dargestellt werden.

Sachgebiet 32.1

Allgemeine Sicherheit und Ordnung

Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden, Aufgaben als Kreisordnungsbehörde

Schwerpunkt der Arbeit war hier im I. Halbjahr 1997 die Anleitung der örtlichen Ordnungsbehörden in Abstimmung mit anderen Fachämtern des Hauses. Es fanden turnusmäßig drei Beratungen mit den Amtsleitern bzw. Mitarbeitern der örtlichen Ordnungsbehörden statt. Zu Satzungen und ordnungsbehördlichen Verordnungen der Gemeinden und Ämter sind sieben Stellungnahmen erarbeitet worden. Sechs Widersprüche, die gegen Ordnungsverfügungen der Ämter gerichtet waren, wurden beschieden.

1997 wurden bisher insgesamt 66 Ausnahmegenehmigungen nach dem Sonn- und Feiertagsgesetz des Landes Brandenburg erteilt. Ein Antrag wurde abgelehnt. Außerdem wurden acht Genehmigungen zur Durchführung von Lotterien erteilt. Zwangsgeldverfahren zur Durchsetzung der Schulpflicht nach dem Schulgesetz des Landes Brandenburg wurden nach Absprache mit dem Staatlichen Schulamt insgesamt fünfmal durchgeführt. Des weiteren wurden insgesamt 191 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange abgegeben, davon 168 nach dem BauGB, 20 nach dem BImSchG und drei nach dem BergG.

Untere Jagd- und Fischereibehörde

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es aktuell 809 Jagdscheininhaber, davon 13 Ausländer mit Tagesjagdscheinen. Insgesamt gibt es im Kreisgebiet 201 Jagdbezirke, davon 167 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 20 Eigenjagdbezirke, zehn Verwaltungsjagdbezirke und 4 Bundesforstjagdbezirke mit einer insgesamt bejagbaren Fläche von 186.540 ha. Es gibt drei Hegegemeinschaften für Rotwild, eine Hegegemeinschaft für Damwild. Es wurden bisher 21 Hegeschauen als Pflichttrophäenschauen anerkannt.

1997 absolvierten von 31 Teilnehmern der Jägerprüfung 18 Prüflinge diese mit Erfolg.

1997 wurde ein Handbuch für die Jagdvorsteher erarbeitet, das als Hilfestellung für die ehrenamtliche Arbeit der Jagdvorstände dankbar angenommen wurde. Es fanden bisher drei Beratungen mit den Jagdgenossenschaften im Landkreis statt.

1997 wurden bisher 208 Fischereischeine A und 795 Jugendfischereischeine an Angler mit Hauptwohnsitz in unserem Kreis ausgegeben. 16 Fischereischeine B wurden für Berufsfischer ausgestellt. Damit gibt es im Landkreis Teltow-Fläming 4189 Personen mit gültigem Fischereischein. Seit 1995 bis heute wurden 37 ehrenamtliche Fischereiaufseher bestellt. Im I. Halbjahr 1997 wurden auch durch die engagierten Mitarbeiter der Fischereiaufseher 60 Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen das Fischereigesetz eingeleitet. Es wurde die erste Fischereigenossenschaft im Landkreis Teltow-Fläming, die zugleich die erste Fischereigenossenschaft des Landes Brandenburg ist, gegründet.

Im Frühjahr 1997 wurde eine Anglerprüfung mit insgesamt 55 Prüflingen durchgeführt. 85,5 % der Anwärter haben die Prüfung bestanden.

Versicherungsbehörde

Durch die zwei Mitarbeiterinnen wurden im I. Halbjahr 1997 etwa 480 Anträge auf Altersrente, BU/EU-Renten, Hinterbliebenenrenten entgegengenommen sowie andere Anträge, beispielsweise auf Versorgungsausgleich, Neuberechnungen von Renten, Anträge an die Wehrmachtsauskunftsstelle sowie auf Rehabilitationsmaßnahmen.

Kriegsgräberwesen

Nachdem die Erfassungen der Kriegstoten auf den Friedhöfen des Landkreises Teltow-Fläming mit Unterstützung des Landkreises im Jahr 1996 zum größten Teil abgeschlossen wurde, konnten den Ämtern Ende 1996 208.658,-- DM Pflege- und Instandsetzungsmittel für die 67 Gemeinden unseres Kreises, in denen sich Kriegsgräber befinden, überwiesen werden. Einige Anlagen konnten mit Landesmitteln instandgesetzt werden, wie beispielsweise der Anlagenfriedhof in Jüterbog oder die Kriegsgräberanlage in Gottow. Angemerkt sei, daß wie schon im vergangenen Jahr die Aufarbeitung der Problematik der Friedhöfe STALAG in Luckenwalde und des Friedhofes Zehrendorf verstärkt weiterbetrieben wurde. Der Mitarbeiter für Kriegsgräberwesen ist Mitglied einer Arbeitsgruppe, die der Bürgermeister der Stadt Luckenwalde zur STALAG-Thematik ins Leben gerufen hat.

Unabkömmlichstellungs-Angelegenheiten

Im I. Halbjahr 1997 wurden insgesamt 11 Gesuche von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft auf Unabkömmlichstellung von Mitarbeitern gemäß § 13 Wehrpflichtgesetz bzw. § 16 Zivildienstgesetz gestellt.

Gewerbeangelegenheiten

Hier konzentrierten sich die Arbeitsaufgaben im wesentlichen auf die Ausübung der Fachaufsicht gegenüber den örtlichen Gewerbebehörden, die Widerspruchsbearbeitung in gewerberechtlichen Angelegenheiten, die Verfolgung und Ahndung der unerlaubten Handwerksausübung sowie die Bearbeitung von Schornsteinfegerangelegenheiten. Im I. Halbjahr 1997 wurden sechs Widerspruchsbescheide erlassen. Die Widersprüche ergingen überwiegend zu Gewerbeuntersagungen bzw. Erlaubniswiderrufe im Gaststättenbereich, die auf die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden zurückzuführen waren. Die Anzahl der Anzeigen zum Verdacht der unerlaubten Handwerksausübung und Schwarzarbeit beläuft sich auf acht im I. Halbjahr 1997.

172 Beitreibungen von Schornsteinfegergebühren sind bereits in diesem Jahr zu verzeichnen, wovon 27 dieser Leistungen vollstreckt werden mußten bzw. sich noch in der Vollstreckung befinden.

26 Kehrverweigerungen wurden angezeigt. Hier ist eine deutliche Zunahme gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen. 2 diesbezügliche Verfahren, die sich bereits seit 1993 in Bearbeitung befanden, konnten in diesem Jahr abgeschlossen werden, da die Gesetzesgrundlagen 1996 präzisiert wurden.

Sachgebiet 32.2

Ausländer- und Personenstandswesen

Für 1996 waren im Landkreis Teltow-Fläming 1.679 Ausländer gemeldet; davon waren 357 Asylbewerber. Sowohl die Zahl der Ausländer als auch die Zahl der Asylbewerber ist in 1997 leicht gestiegen.

Etwa 130 Ausländer wurden im vergangenen Jahr durch die Ausländerbehörde des Landkreises Teltow-Fläming aus dem Bundesgebiet ausgewiesen bzw. abgeschoben, davon die Mehrheit wegen illegaler Beschäftigung. Bei den illegal Beschäftigten handelt es sich fast ausnahmslos um Staatsangehörige aus Osteuropa und hier in der Vielzahl um Polen und verstärkt um Staatsangehörige der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres (also per 30. Juni) wurden etwa gleichviel Personen ausgewiesen bzw. abgeschoben wie in diesem Jahr. Im Bereich Asyl wurden per 30. Juni 1997 etwa 20 Personen abgeschoben (abgelehnte Asylbewerber).

Bereich Staatsangehörigkeit

Im genannten Zeitraum wurden 81 neue Anträge auf Einbürgerung gestellt. 122 Einbürgerungen wurden vorgenommen (Anträge aus den Vorjahren).

Sachgebiet 32.3

Brandschutz

Mit Stand vom 30. Juni wurden im Jahre 1997 die Feuerwehren des Landkreises zu 446 Bränden und 500 Hilfeleistungen gerufen. Im Vergleich zum gleichen Berichtszeitraum des Vorjahres 1996 ist das ein Zuwachs um 16 % bei den technischen Hilfeleistungen.

Unter Leitung des Kreisbrandmeisters, Herrn Heine, fanden in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung 4 Anleitungen der Stadt-, Gemeinde- und Amtsbrandmeister statt. Des Weiteren wurde eine Vielzahl von Beratungen mit den Ortswehrführern in den Ämtern durchgeführt.

Im Rahmen der kreislichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Brandschutzes wurden mit Stand 31. Dezember 1997 366 Kameradinnen und Kameraden als Truppführer, Maschinist, Sprechfunker und Atemschutzgeräteträger in insgesamt zwanzig Lehrgängen ausgebildet.

Der Kreisfeuerwehrverband des Landkreises Teltow-Fläming erhielt im Jahr 1997 Unterstützung bei der Ausrichtung der Kreismeisterschaften der Feuerwehren in Dahme in der Disziplin Löschangriff naß, an der 146 Frauen-, Männer-, Jugend- und Kindermannschaften teilnahmen, sowie bei der Durchführung des bereits traditionellen Zeltlagers der Jugendfeuerwehren, an dem sich 207 Jugendliche an zwei Wochenenden beteiligten.

Weiterhin gab das feuerwehrtechnische Zentrum Hilfestellung durch ihre Leistungen für die Ämter als Träger des Brandschutzes bei der Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren.

So wurden durch diese Einrichtung des Landkreises

Anzahl	Geräte/Ausrüstung
564	Preßluftatmer
1.082	Atemschutzmasken
25	Chemikalienschutzanzüge
721	Preßluftflaschen
1.036	Druckschläuche
10	Tragkraftspritzen

gewartet, geprüft bzw. instandgesetzt.

Katastrophenschutz

Die bereits 1996 begonnene Umsetzung des Katastrophenschutzgesetzes des Landes Brandenburg vom 11. Oktober 1996 wurde weiter fortgeführt. Im Mittelpunkt stand die Neustrukturierung der Führungsorganisation auf Kreisebene durch die Schaffung eines Katastrophenschutzstabes in der Kreisverwaltung, sowie dessen personelle und materielle Ausstattung und planmäßige Ausbildung.

Alle Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes bei den Hilfsorganisationen und der Brandschutzeinheit führten im Oktober 1996 in Wünsdorf eine Großübung im Bereich der Deutschen Bahn AG zum Thema: "Gefahrstoffunfall" durch.

Rettungsdienst

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1997 wurden durch den Rettungsdienst 6.600 Rettungseinsätze bzw. ärztlich verordnete Krankentransporte durchgeführt. Von diesen Einsätzen waren 4716 = 71,4 % Einsätze in der Notfallrettung. Bei 2.083 Rettungseinsätzen mußte ein Notarzt eingesetzt werden.

Gegenüber dem Vorjahr kommt es 1997 im Rettungsdienst wieder zu einem leichten Rückgang der Krankentransportleistungen um ca. 2,5 %, während in der Notfallrettung eine weitere Steigerung eintritt. Der Anteil der Fehleinsätze liegt gegenwärtig bei 3,5 %.

Das Personal des Rettungsdienstes ist entsprechend den Forderungen der Verordnung über den Landesrettungsdienstplan qualifiziert. Bei den drei Hilfsorganisationen haben von den 96 Mitarbeitern 47 eine Qualifikation als Rettungsassistent. Die übrigen haben die geforderte Ausbildung als Rettungsassistenten.

Als beratendes Gremium für den Landkreis wurde der Rettungsdienstbereichsbeirat im IV. Quartal neu konstituiert. Für die fachliche Anleitung und Kontrolle der notfallmedizinischen Betreuung im Rahmen des Rettungsdienstes wurde gemäß § 4 Abs. 6 BbgRettG Anfang dieses Jahres der Notarzt, Herr Dipl.-Med. Schult, vom Evangelischen Krankenhaus Ludwigfelde, zum Ärztlichen Leiter Rettungsdienst für den gesamten Rettungsdienstbereich Teltow-Fläming berufen.

Leitstelle

Zur Gewährleistung der Führung wurde die technische Ausstattung der Leitstelle weiter ausgebaut. Der bereits 1996 begonnene Aufbau eines modernen Funknetzes wurde 1997 mit Investitionen in einem Umfang von 157.865,71 DM weiter fortgeführt. Die Einrichtung eines vom Innenministerium des Landes Brandenburg in Auftrag gegebenen modernen Einsatzleitsystems tritt in seine Endphase ein.

Nach wie vor ist im **Straßenverkehrsamt** ein starker Publikumsverkehr zu verzeichnen. Dies ist auch aus der stetigen Zunahme der Fahrzeugzulassungen ersichtlich. Per 30. Juni 1996 lag der Fahrzeugbestand bei 103.186, zum 31. Dezember 1996 waren es bereits 105.855 Fahrzeuge und zum 30. Juni 1997 107.638 Fahrzeuge. Das ist eine Zunahme von durchschnittlich 344 Fahrzeugen pro Monat (4,3 %/Jahr). Diese Tendenz hält weiter an, am 30. September 1997 waren im Landkreis Teltow-Fläming 109.292 Fahrzeuge im Bestand.

Die Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes zum 1. Juli 1997 macht in vielen Fällen die Umschlüsselung der Fahrzeugdaten erforderlich, was mit einem erheblichen zusätzlichen Aufwand verbunden ist. Die Anzahl der technischen Änderungen ist auf das sechs- bis achtfache angestiegen. Bei gleichbleibendem Personalbestand und durchschnittlichem Arbeitsaufwand pro Vorgang von 10 Minuten bedeutet das derzeit einen Aufwand von 70 bis 80 Stunden im Monat. Hierdurch kommt es zu verlängerten Wartezeiten für die Bürger. Da die Steuervergünstigung rückwirkend zum 1. Juli 1997 gewährt wird und die Bürger oft erst nach Erhalt des Steuerbescheides nachfragen, ob ihr Fahrzeug unter diese Regelung fällt, ist derzeit noch nicht abzusehen, wann mit einem Rückgang dieser Mehrbelastung zu rechnen ist. Ebenfalls zunehmend sind Steuer- und Versicherungsanzeigen zu verfolgen. Hier ist ein Anstieg von 10 bis 12 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Im Bereich des Fahrerlaubnis-/Fahrschulwesens nehmen die Fahrerlaubnisentzüge zu, wogegen die Neuerteilung nach vorangegangenen Entzug rückläufig ist. Wurden im gesamten Jahr 1996 492 Fahrerlaubnisse entzogen, so waren es im I. Halbjahr 1997 bereits 601. Dagegen wurde in 31 Fällen 1996 die Fahrerlaubnis nach Entzug wiedererteilt, im I. Halbjahr 1997 erst in sieben Verfahren. Hierbei ist festzustellen, daß besonders auch durch verstärkte Polizeikontrollen mehr Alkoholdelikte aufgedeckt wurden und zunehmend von einer Nichteignung zum Führen von Fahrzeugen auf Grund von Alkohol ausgegangen werden muß.

Seit dem 1. September 1996 nimmt das Straßenverkehrsamt gemäß Straßenverkehrsrechtszuständigkeitsverordnung vom 14. August 1996 die Aufgaben der Fahrschul- und Fahrlehrerüberwachung wahr. Von den 47 im Landkreis Teltow-Fläming zugelassenen Fahrschulen wurden von September bis Dezember 1996 zehn und im I. Halbjahr 1997 zwölf Fahrschulen überprüft. Besondere Feststellungen hierbei gab es nicht.

Die Anzahl der Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr ist im Berichtszeitraum gleichgeblieben, jedoch ist die Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge leicht rückläufig.

Auf dem Gebiet des Güternahverkehrs war im I. Halbjahr 1997 wieder ein Anstieg von 173 Betrieben auf 186, ebenso der Betriebe, die nur Werkverkehr betreiben, von 212 auf 231 zu verzeichnen.

Die Aufgaben der Geschwindigkeitsüberwachung nimmt das Straßenverkehrsamt an dreizehn Meßstellen im Landkreis stationär wahr. Darüber hinaus überwacht das Straßenverkehrsamt seit dem 12. März 1997 auch mit mobiler Technik die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit an Unfallschwerpunkten (z. B. Wietstocker Kreuzung) und in schutzbedürftigen Bereichen (Kindertagesstätten, Schulen, Behindertenheime).

Die häufigsten Bußgeldfälle im Bereich der stationären Überwachung sind am Standort B 102 Altes Lager (Fahrtrichtung Jüterbog) mit 36,2 % zu verzeichnen, ebenso im Verwarngeldbereich mit 29,4 % der eingeleiteten Verfahren. Die geringste Anzahl der Verkehrsverstöße wurden am Standort Luckenwalde (Brandenburger Straße in Richtung Ortsausgang) festgestellt.

Gegenüber Fahrzeugführern, die das Verwarngeldangebot nicht annehmen, wird ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Die Statistik zeigt, daß die Uneinsichtigkeit der am Standort Dabendorf ermittelten Fahrzeugführer mit 10,6 % am höchsten ist. Insgesamt hat sich die Tendenz fortgesetzt, daß die Geschwindigkeitsüberschreitungen vorwiegend innerorts und zu 82,5 % im Verwarngeldbereich liegen.

Die Überwachung der Geschwindigkeit mit mobilem Gerät wird zur Zeit an 23 Standorten, die in der kreislichen Unfallkommission beschlossen wurden, durchgeführt. Eine Erweiterung der Standorte wird mit Einführung des neuen Computerprogrammes ab 1998 möglich. Die meisten Verstöße wurden am Standort L 76 Mahlow (Schulwegsicherung) sowohl im Bußgeld- als auch im Verwarngeldbereich festgestellt.

Während durchschnittlich zwei Prozent der durch die stationären Anlagen überwachten Fahrzeuge mit überhöhter Geschwindigkeit fahren, sind es bei der mobilen Überwachung ca. neun Prozent.

Positiv ist zu bemerken, daß durch die bisherige kontinuierliche mobile Überwachung bereits eine Reduzierung der Geschwindigkeitsüberschreitungen erreicht werden konnte. So liegen die Überschreitungen mit mehr als 49 km/h im 1. Halbjahr 1997 (analog 1996) bei ca. 0,2 %. Im Bereich der mobilen Überwachung wurden keine Überschreitungen über 49 km/h festgestellt.

Im Bereich zwischen 26 und 49 km/h wurden an den stationären Anlagen im 1. Halbjahr 1996 5,6 % Überschreitungen festgestellt, im 1. Halbjahr 1997 nur noch 5 % (bei der mobilen Überwachung 4,5 %). Der Anteil der Überschreitungen von 11 bis 25 km/h lag im 1. Halbjahr 1996 bei 49,8 % , im 1. Halbjahr 1997 bei 47,4 % (mobil bei 53,6 %). Unter 10 km/h überschritten die Kraftfahrer die Geschwindigkeit im 1. Halbjahr 1996 zu 44,4 %, im 1. Halbjahr 1997 zu 47,4 % und bei der mobilen Überwachung zu 31,9 %.

Bei der Ahndung allgemeiner Verkehrsordnungswidrigkeiten wurden im 1. Halbjahr 1997 vierzehn Bußgeldverfahren gegen Bauleiter, die entweder ohne verkehrsrechtliche Anordnung oder entgegen einer verkehrsrechtlichen Anordnung Baustellen im öffentlichen Verkehrsraum eingerichtet bzw. betrieben hatten, eingeleitet.

Im Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung ist nach wie vor kein Rückgang der wahrzunehmenden Aufgaben zu verzeichnen. Die seit 1994 vorgenommene Einschätzung einer jährlichen Zunahme von 20 % hat sich auch 1997 bestätigt. Dieses läßt sich vor allem am Baugeschehen im öffentlichen Verkehrsraum ersehen. Wurden 1995 bei 1777 erteilten Anordnungen 1147 Kontrollen durchgeführt, so waren es 1996 bei 1591 Anordnungen 2124 Kontrollen. Im 1. Halbjahr 1997 wurden 953 Anordnungen erteilt und 1272 Kontrollen durchgeführt. Trotzdem muß eingeschätzt werden, daß oftmals eine noch umfassendere Kontrolltätigkeit erforderlich wäre, um die Ordnung und Sicherheit im Straßenverkehr gewährleisten zu können. Dieses ist aus personellen Gründen jedoch nicht möglich. Darüber hinaus steigt auch der Bedarf an Sicherungsmaßnahmen für den Fußgänger- und Fahrzeugverkehr ständig an. Wurden 1995 22 Anträge für Lichtzeichenanlagen und Fußgängerüberwege bearbeitet, waren es 1996 bereits 33 und im 1. Halbjahr 1997 25 Anträge.

Bis zum 23. Juni 1997 wurde die Arbeit im Sachgebiet - vor allem im Bereich der Verkehrssicherheit - durch zwei ABM-Kräfte unterstützt. Diese ABM wurde nicht verlängert, so daß begonnene Projekte zum Teil aufgegeben bzw. durch die Mitarbeiter des Sachgebietes weitergeführt werden müssen.

In den monatlich durchgeführten Sitzungen der Kreisunfallkommission wird das Unfallgeschehen ausgewertet und Maßnahmen zur Entschärfung von Unfallschwerpunkten, von kurzfristiger Beschilderung und Markierung bis hin zu baulichen Maßnahmen, eingeleitet.

Insgesamt ist festzustellen, daß mit dem ständig steigenden Fahrzeugbestand, der Zunahme der Fahrerlaubnisinhaber auch ein sich stetig verstärkender Verkehr einhergeht. Demgegenüber ist eine entsprechende Entwicklung der Verkehrsnetze nicht im erforderlichen Umfang gegeben, wodurch die Verkehrsprobleme insgesamt zunehmen. Diese Entwicklung wird auch in den nächsten Jahren zu verzeichnen sein.

Im folgenden noch einige statistische Angaben aus dem Straßenverkehrsamt für das erste Halbjahr 1997:

1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.1996	Stand 30.6.1997	Stand 30.9.1997
Fahrzeugbestand gesamt:	105.855	107.638	109.292
davon Kräder	2.950	3.338	3.526
PKW	79.879	81.077	82.240
LKW	6.833	6.970	7.127
Zugmaschinen	2.186	2.199	2.219
sonstige Kfz	1.013	1.065	1.087
Kfz-Anhänger	12.994	12.989	13.093

2. Fahrschul- und Fahrerlaubniswesen

	Stand 1996	Stand 30.6.1997
Ersterteilung/Erweiterung von Fahrerlaubnissen	4.016	2.352
Umtausch von FE	514	614
Verlust von FE	625	318
Neuerteilung nach vorangegange- ner Entziehung	419	108
Neuerteilung nach vorangegange- nem Entzug mit angeordneter Prüfung	31	7
Internationaler Führerschein	306	174
FE zur Fahrgastbeförderung	360	173
vorliegende Anträge zur Bearbeitung (noch nicht abgeschlossen)	2.871	1.926
FE-Entziehungen	492	601
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	48	47
Anzahl der Fahrlehrer	173	153
Anzahl der überprüften Fahr- schulen	10	12
Anzahl der Lektoren Nachschulung/ Führerschein auf Probe (FAP)	31	17
Anzahl der Lektoren- Aufbau- seminare für Kraftfahrer (ASK)	31	17

3. Gewerblicher Personen- und Güterverkehr

	Stand 1996	Stand 30.6.1997
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	58	58
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	109	102
Anzahl der Güterverkehrsbetriebe gesamt	173	186
Anzahl der erteilten Genehmigungen für den allgemeinen Güternahverkehr	104	115
Anzahl der erteilten Genehmigungen für den allgemeinen Güternahverkehr in Verbindung mit den Genehmigungen für Güterfernverkehr	48	48
Anzahl der erteilten Genehmigungen für den Umzugsverkehr	21	23
Anzahl der erteilten Standortbestimmungen für Fahrzeuge des allgemeinen Güternah- und -fernverkehrs	1.059	1.153
Anzahl der Betriebe, die nur Werkverkehr betreiben	212	231
Anzahl der erteilten Standortbescheinigungen des Werkverkehrs	754	828

4. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	per 30.6.1996	per 31.12.1996	per 30.6.1997
eingeleitete Bußgeldverfahren	1.071	2.879	1.243
davon			
- stationär	1.058	2.857	983
- mobil	-	-	246
- allgem.OWi	13	22	14
eingeleitete Verwarngeldverfahren	6.854		8.432
davon			
- stationär	6.854	15.870	6.738
- mobil	-	-	1.694
Bußgeldverfahren aus Verwarngeldverfügungen	376		500
davon			
- stationär	376	1.453	446
- mobil	-	-	54
Gesamtanzahl Verfahren	8.301	20.202	10.175

Fahrverbote gesamt	163	484	195
--------------------	-----	-----	-----

5. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 1996	Stand 30.6.1997
Stellungnahmen Planvorhaben	390	163
Vororttermine zu Plan- vorhaben	553	231
Ausnahmen, Veranstaltungen § 29 StVO	108	44
Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse § 46 StVO	590	277
Anordnungen verkehrs- lenkender Maßnahmen und Baustellen	1.591	953
Anträge LZA/Fußgängerüberwege	33	25
erteilte Anordnungen für generelle Verkehrsregelun- gen gemäß § 45 StVO	353	142
Außendienste zur Baustellenkontrolle	2.124	1.272
Verkehrsschauen	18	5

Die Schwerpunkte der Arbeit **des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes**, auf die hier näher eingegangen wird, sind

1. die Tierseuchenbekämpfung,
2. der Verbraucherschutz und
3. der Tierschutz und die Arzneimittelüberwachung.

1. Tierseuchenbekämpfung

Bekämpfung der enzootischen Rinderleukose

In den Beständen des Landkreises sind regelmäßige serologische Untersuchungen der Jungrinder und Kühe durchgeführt worden.

Von 136 Beständen ist lediglich noch ein Bestand in der Sanierung. Insgesamt sind im Landkreis Teltow-Fläming 96,8 % der Kühe und 93,4 % der Jungrinder leukoseunverdächtig.

Rindersalmonellose

Im Jahr 1997 wurde in sechs Betrieben (AG Nonnendorf, Baruth GmbH, Gut Petkus, AWO Gut Kemnitz, Welsickendorf, AG Sperenberg) Salmonellose der Rinder festgestellt. In allen Betrieben konnten die Sperrmaßnahmen aufgehoben werden.

Tollwutbekämpfung

Durch flächendeckende Impfköderaushbringung gelang es, den Landkreis von August 1992 bis auf eine Ausnahme (Nettgendorf, ein Fuchs am 23. Juni 1994) tollwutfrei zu halten. Das Ziel der weiteren Impfköderaushbringung ist die Tilgung der Tollwut im Land Brandenburg. 1997 wurden per 31. Dezember 1997 364 Füchse zur Untersuchung auf Tollwut bzw. Feststellung der Köderaushnahme an das SVLA Potsdam eingeschickt. Alle Füchse waren frei von Tollwuterregern. Von den untersuchten Füchsen hatten 202 = 56,3 % die Impfköder aufgenommen.

Schweinepest

Durch gezielte Aufklärungen der Landwirte und scharfe Kontrollen der Tierbestände und des Tierhandels, insbesondere durch das Verbot der Verfütterung von nicht ordnungsgemäß erhitzten Speiseabfällen konnte das in der Vergangenheit in mehreren Bundesländern mit verheerenden wirtschaftlichen Folgen verbundene Auftreten von Europäischer Schweinepest verhindert werden. Nach der Tierseuchen-Schweinehaltungs-Verordnung wurden bis 31. Dezember 1997 21 Betriebe bzw. Bestände kontrolliert und belehrt.

Kontrolle Milchbetriebe

In den 51 milcherzeugenden Betrieben des Landkreises wurden bisher 51 Kontrollen durchgeführt. Ein Betrieb erfüllt nicht die Anforderungen der Milch-Verordnung.

Tiertransporte

Für Tiertransporte innerhalb der EU wurden 217 Gesundheitsbescheinigungen und EU-Zertifikate nach entsprechenden Kontrollen ausgestellt.

Bovine Herpesvirus-Infektion (BHV-1)

Ab Januar 1996 gilt in Brandenburg die Verordnung zur Bekämpfung der BHV-1-Infektion der Rinder auf freiwilliger Basis. Die Kosten für den Betrieb werden weitestgehend von der Tierseuchenkasse getragen. Durch Überzeugung gelang es dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, per 31. Dezember 1997 94 Betriebe für dieses freiwillige Bekämpfungsverfahren zu gewinnen.

BSE

Im Landkreis Teltow-Fläming sind nach eingehenden Ermittlungen sechs Bestände unter amtlicher Beobachtung. In diesen Beständen werden original aus dem Vereinigten Königreich und Nordirland stammende Tiere (ein Bestand mit fünf Tieren) oder erste Nachkommen, sogenannte F1-Tiere (sechs Bestände mit 84 Tieren), von aus dem Vereinigten Königreich oder Nordirland stammenden Rindern gehalten.

Für die originär englischen Rinder besteht weiterhin Schlachtverbot. Die F1-Tiere dürfen nur unter bestimmten Bedingungen und Auflagen geschlachtet werden.

2. Verbraucherschutz

Eine Aufgabe des Verbraucherschutzes war die Kontrolle der Einhaltung des Einfuhrverbotes für Rindfleisch aus Großbritannien, Nordirland und der Schweiz und daraus hergestellten Produkten.

Bei 510 durchgeführten Kontrollen in 44 Zerlege- und Produktionsbetrieben sowie Fleischereien wurde neben der Einhaltung der fleischhygienerechlichen Bestimmungen auch dieses Einfuhrverbot kontrolliert. Bei diesen Kontrollen konnte weder ein direktes Verbringen von Fleisch aus diesen Ländern noch eine Einfuhr über Drittländer festgestellt werden.

Die Mitarbeiter des Sachgebietes Verbraucherschutz haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt 1.779 Objekte der Lebensmittelproduktion, des Groß- und Einzelhandels sowie Küchen, Gaststätten, Imbissrichtungen und Märkte zu kontrollieren.

Auf der Grundlage einer Verwaltungsvorschrift über die Kontrollhäufigkeit des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Brandenburg wurden bis zum 31. Dezember 1997 4.134 aktenkundige Kontrollen durchgeführt.

Kontrollschwerpunkte im Berichtszeitraum waren Bäckereien, Märkte, Volksfeste und Imbissrichtungen. Hier sowie bei den übrigen mit Lebensmitteln befaßten Objekten wurden zur Abstellung von Hygienemängeln Auflagen erteilt und gebührenpflichtige Nachkontrollen durchgeführt sowie zu deren Durchsetzung Verwarungs- und Bußgelder in Höhe von 9.801,20 DM erhoben.

Bauanträge von 18 Einrichtungen des Lebensmittelverkehrs wurden aus der Zuständigkeit unseres Sachgebietes beurteilt.

Im Berichtszeitraum wurden 773 Planproben von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Kosmetika, Reinigungsmittel, Textilien, Verpackung) entnommen. Außerdem gab es 79 Verdachts-, Verfolgs- und Monitoringproben. Von diesen genommenen Proben wurden insgesamt 100 Proben beanstandet, die überwiegend auf eine fehlerhafte Kennzeichnung zurückzuführen sind.

Lediglich bei acht Plan- sowie acht Verdachtsproben ergaben sich Beanstandungen, die eine mögliche Gesundheitsgefährdung darstellen.

Im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplanes wurden in zwei Schlacht- bzw. Verarbeitungsbetriebenbetrieben 141 Fleischproben entnommen und mit negativem Ergebnis untersucht.

In vier gewerblichen Schlachtbetrieben erfolgte die Schlacht- tier- und Fleischuntersuchung durch Tierärzte des Amtes (25.324 Untersuchungen). Gleichzeitig wurden 1.124 Stücke Haarwild in einem Wild-Zerlegebetrieb amtstierärztlich untersucht. Hinzu kommt die Untersuchung von 25.655 Trichinenproben im Labor unseres Amtes.

Die Handelsklassenkontrolle bei Obst, Gemüse, Speisekartoffeln, Eiern und Geflügel wird seit Anfang 1995 von einem ausgebildeten Handelsklassenkontrolleur durchgeführt. Im Berichtszeitraum wurden 425 Kontrollen zur Durchsetzung des Handelsklassenrechts vorgenommen. Schwerpunktobjekte sind hierbei Wochenmärkte, Großhändler und Kundenbeschwerden.

Hierbei wurden 27 gebührenpflichtige Verwarnungen (1.485,60 DM) wegen Verstoßes gegen das Handelsklassengesetz (Beanstandungen der Qualität von Obst, Gemüse und Eiern) ausgesprochen.

Gegenüberstellung Tätigkeit des Sachgebietes Verbraucherschutz 1997 und Vergleich zu 1996

	1996	1997
Kontrollobjekte	2.080	1.779
Kontrollen insgesamt	4.360	4.559
Probenahmen insgesamt	866	1.048
davon		
Planproben insgesamt	818	816
Verwarnungsgeld		
gebührenpflichtige Nachkontrollen		
Bußgeld		
insgesamt in DM	7.269	10.225
Fleisch- und Wilduntersuchungen	24.425	25.655

3. Tierschutz/Arzneimittelüberwachung

Nach den Vorschriften des Tierschutzgesetzes wurden 1997 22 Sittichhaltungen, sechs Zoohandlungen, 28 Schweine- und drei Rinderhaltungsbetriebe sowie neun Reit- und Pensionsbetriebe überprüft.

Im gleichen Zeitraum wurden 151 Anzeigen betreffs der Haltung von Hunden, Katzen, Pferden, Rindern etc. von Mitarbeitern des Amtes nachgegangen und in vier Fällen Bußgelder wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz verhängt.

In einem Fall einer stark vernachlässigten Schafhaltung mußte der Schafherdengesundheitsdienst des Staatlichen Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsamtes Potsdam hinzugezogen werden.

Des weiteren wurden vierzehn Bauanträge bearbeitet und acht Betriebe hinsichtlich des Arzneimiteleinsatzes überprüft.

Im folgenden soll über das **Umweltamt**, einem weiteren Amt des Dezernates II, berichtet werden. Die Vorlage des Organisationsgutachtens der WIBERA führt in der Umsetzung zu erheblichen Änderungen in der Struktur des Umweltamtes. Deshalb wurde eine Projektgruppe unter Leitung des Hauptamtes gebildet, ein Maßnahmenplan dem Landrat vorgelegt und nach der Bestätigung desselben mit der Umsetzung begonnen. Weitere Schlußfolgerungen werden aus den Arbeitsplatzaufzeichnungen der Mitarbeiter des Amtes erwartet.

Der Gesamtaufgabenumfang des Umweltamtes spiegelt sich in folgenden Zahlen wieder:

Bereich	1996		1. Halbjahr	
	Posteingänge	davon Neuvorgänge	Posteingänge	davon Neueingänge
Sachgebiet Verwaltung und Amtsleiter	4.006	2.718	2.070	1.462
UAB	2.037	1.170	1.013	736
UNB	2.979	2.043	1.429	1.224
UWB	3.193	2.250	1.726	1.226
gesamt	12.215	8.181	6.238	4.648

Eine Reihe der im Sachgebiet Verwaltung eingegangenen Vorgänge erfordern die Beteiligung aller drei unteren Behörden. Diese 827 Vorgänge im Jahr 1996 sind den zu bearbeitenden Vorgängen der Unteren Abfallbehörde (UAB), Unteren Naturschutzbehörde (UNB) und der Unteren Wasserbehörde (UWB) jeweils hinzuzurechnen.

Sachgebiet Verwaltung

Die hier im ersten Halbjahr 1997 federführend bearbeiteten Vorgänge stellen sich im Umfang bei Schwerpunktaufgaben wie folgt dar:

Aufgabenthematik	1996 Anzahl	I. Halbjahr 1997 Anzahl	betroffene Ar- beitsplätze
Ordnungswidrigkeiten (UAB, UNB, UWB)	640	596	
Widersprüche (Amt gesamt)	81	33	
fachliche Prüfung und Stellungnahmen zu ABM-Anträgen	47	24	237

Weiterhin benötigen Fördermittelanträge für folgende Investitionsprogramme eine fachliche Stellungnahme des Umweltamtes (eine oder mehrere Fachbehörden) als Bewilligungsvoraussetzung:

- A: Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen an die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung
- B: Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen an die gewerbliche Wirtschaft (einschl. Fremdenverkehr) im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung
- C: Gewährung von Finanzhilfen für Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen
- D: Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln des Landes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"
- E: Gewährung einer Zuwendung auf der Grundlage der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte
- F: Gewährung einer Zuwendung aus der Gemeinschaftsinitiative KONVER II aus Mitteln des Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des MWMT
- G: Gewährung einer Zuwendung zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur in der Fischwirtschaft
- H: Gewährung von Finanzhilfen zur Förderung von Gewässer-sanierungsmaßnahmen

Insgesamt sind damit Maßnahmen in erheblichem Wertumfang durch das Umweltamt unterstützt worden:

Aufgaben- thematik	1996			1. Halbjahr 1997		
	Anzahl	Invest- volumen in TDM	neue und gesicherte Arbeits- plätze	Anzahl	Invest- volumen in TDM	neue und gesicherte Arbeits- plätze
A	32	39.250	389	18	24.836	316
B	2	3.650	4	0	-	-
C	0	-	-	0	-	-
D	1	216	-	1	747	19
E	0	-	-	0	-	-
F	1	1.300	4	0	-	-
G	1	66	2	0	-	-
H	1	149	-	0	-	-
gesamt	38	44.631	399	19	25.583	335

Die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze ist eine Mindestan-
gabe, da einige Anträge diesbezüglich keine Aussage treffen.
Das Investitionsvolumen bezieht sich nicht nur auf die neuen
Arbeitsplätze, sondern beinhaltet auch den Erhalt vorhandener
Arbeitsplätze.

Untere Abfallwirtschaftsbehörde (UAB)

In der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde wurden im ersten Halb-
jahr 1997 in folgenden Aufgabengruppen die aufgeführten Vor-
gangsumfänge bearbeitet:

Aufgabenthematik	1996 Anzahl	1. Halbjahr 1997 Anzahl
Sanierungsverfügungen	9	13
landwirtschaftliche Nutzung von Flächen nach § 15 AbfG	74	44

Einen wesentlichen Arbeitsumfang im Bereich Altlasten nimmt die
Sanierung des Industrieparkes Ludwigsfelde ein. Im 1. Halbjahr
1997 wurde die Gesamtkonzeption zur Altlastsanierung des Indu-
strieparks Ludwigsfelde/MTU-Gelände fertiggestellt und durch
MUNR, BvS und Landkreis bestätigt. Damit ist die Wasserversor-
gung durch den WARL gesichert und die weitere Entwicklung des
Industrieparks Ludwigsfelde aus Sicht der Altlastproblematik
abgesichert.

Innerhalb der Konversion militärischer Altlasten sind die Tanklager Neuheim und Heidehof durch die Brandenburgische Boden Gesellschaft im Rahmen des Sonderprojektes Tanklager unter Begleitung der Unteren Abfallbehörde rückgebaut worden. Der Rückbau ist im wesentlichen abgeschlossen. Notwendige Sanierungsmaßnahmen im Grundwasser werden weitergeführt.

Untere Naturschutzbehörde (UNB)

In der Unteren Naturschutzbehörde wurden im ersten Halbjahr 1997 in folgenden Aufgabengruppen die aufgeführten Vorgangsumfänge bearbeitet:

Aufgabenthematik	1996		1. Halbjahr 1997	
	Anzahl	Finanzumfang	Anzahl	Finanzumfang
Baumfällungen	740	-	381	-
Trassen und Leitungen	222	-	63	-
Grünordnungspläne	48	-	49	-
Vertragsnaturschutz für Landwirte	33	542.386,50 DM	32	446.911,50 DM

Untere Wasserbehörde (UWB)

Im 1. Halbjahr 1997 wurden folgende Vorgangsumfänge in einzelnen Aufgabengruppen bearbeitet:

Aufgabenthematik	1996	1. Halbjahr 1997
	Anzahl	Anzahl
wasserrechtliche Entscheidungen Abwasser und Trinkwasser	517	136
Entscheidungen im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	308	96
Störfälle	43	67

Die Zusammenarbeit der Kommunalaufsicht in der Arbeitsgruppe "Kommunale Abwasserent- und Trinkwasserversorgung" ist mit dem Ziel weiterentwickelt worden, nur technisch und wasserrechtlich sinnvolle Lösungen auch kommunalrechtlich zu begleiten.

Die Berichterstattung zum **Dezernat III** beginnt mit dem **Schulverwaltungsamt**. Das Schulverwaltungsamt gliedert sich in drei Sachgebiete: Haushalt, Schulentwicklungsplanung, Unterhaltung der Einrichtungen sowie Kreisvolkshochschule, über deren Aufgabengebiete im folgenden kurz zu berichten ist.

Sachgebiet 1 - Haushalt

- Übernahme der Schülerbeförderung für alle Schulen im Landkreis ab 01. Januar 1997, ca. 10.000 Fahrschüler
- Prüfung und Auszahlung der Schulkostenbeiträge für alle Schüler der Schulen mit Sekundarstufe I im Landkreis Teltow-Fläming
- Ausstattung des Erweiterungsbaues des Gymnasiums Luckenwalde (Mobilier ca. 70 TDM, Lehr- und Unterrichtsmittel 140 TDM, Informatiktechnik 150 TDM und sonstige Geräte Ausstattung 70 TDM)
- Ausstattung der Fachunterrichtsräume Physik am Gymnasium Ludwigsfelde (ca. 130 TDM)
- Vorbereitung der Ausstattung für die Allgemeine Förderschule Jüterbog (Lehrküche, Fachunterrichtsraum Arbeitslehre und Kabinett für Chemie und Biologie)
- Sonstige Ergänzungsausstattungen an den kreislichen Schulen mit Schulmobilier, Geräte und Ausstattungen sowie Schulbücher

Sachgebiet 2 - Schulentwicklungsplanung, Unterhaltung der Einrichtungen

- Schulentwicklungsplanung für den Landkreis Teltow-Fläming in Abstimmung mit den Ämtern und gemeindlichen Schulträgern sowie den kreislichen Gremien erstellt und beschließen lassen.
- Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen durch bauliche Maßnahmen:
 - . Allgemeine Förderschule Mahlow - Abschluß Rekonstruktion mit Außenanlagen
 - . Gymnasium Ludwigsfelde - Umbaumaßnahmen zur Schaffung Fachunterrichtsräume Physik
 - . Gymnasium Jüterbog - Rekonstruktion der denkmalgeschützten Aula mit Musikraum im Goethe-Haus

- . Gymnasium Luckenwalde - Fertigstellung des Anbaues zur Konzentration der Schüler an einem Lernstandort mit der Neuschaffung der Fachunterrichtsräume Chemie, Physik, Biologie und Informatik, erfolgte Sanierung von 12 Unterrichtsräumen im Altbau
- . Oberstufenzentrum - Begonnen wurde die Erweiterung des Oberstufenzentrums im Bereich der Berufsfelder Metalltechnik/Elektrotechnik sowie Bautechnik/Farbtechnik und Raumgestaltung am Standort Ludwigsfelde/Birkengrund-Süd durch einen Fachraumtrakt zur berufstheoretischen Ausbildung.
- Erwerb der Nicolaischule Jüterbog und Umbau zur Allgemeinen Förderschule zur lehrplangerechten Beschulung ab Februar 1998
- Erwerb der als Förderschule für Geistigbehinderte genutzten Liegenschaft in Groß Schulzendorf
- Vorbereitung von Investitionen für 1998:
 - . Bau einer Schule für Geistigbehinderte in Jüterbog
 - . Errichtung einer Dreifeldturnhalle am Gymnasium Ludwigsfelde

Sachgebiet 3 - Kreisvolkshochschule

Mit der im Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz vorgegebenen Zielsetzung, ein flächendeckendes Bildungsangebot zu erreichen, gestaltete die Kreisvolkshochschule im zurückliegenden Jahr Kurse und Veranstaltungen mit über 13.600 Unterrichtsstunden für rund 9.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie leistete im Landkreis Teltow-Fläming den Hauptanteil der Grundversorgung in der Weiterbildung.

Die Landeszuweisung für die Grundversorgung in der Weiterbildung erhöhte sich 1996 aufgrund eines günstigeren Zuweisungsschlüssels und beträgt jetzt 364.033,00 DM als Förderung von 2.400 Unterrichtsstunden pro 30.000 Einwohner. (1994 und 1995 bezog sich die Förderung von 2.400 Unterrichtsstunden auf 40.000 Einwohner.) Nicht zuletzt aufgrund dieser Förderung der Grundversorgung durch das Land konnte die Entgelthöhe für die Volkshochschulteilnehmer unverändert beibehalten werden. Damit kam die Förderung der Grundversorgung in besonderem Maße den sozial Schwächeren - den Behinderten, Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen, Auszubildenden und Senioren - zugute.

Die Kreisvolkshochschule realisierte Bildungsangebote in allen vier Weiterbildungsbereichen, in der allgemeinen, beruflichen, politischen und kulturellen Bildung. Dabei kann eine anhaltend gute Nachfrage im Bereich der sprachlichen Weiterbildung, insbesondere nach Englischunterricht vom Grundstufenniveau bis zum Konversationskurs, festgestellt werden, so daß der Sprachenbereich mit 4.480 Unterrichtsstunden weiterhin das größte Stundenvolumen aufzuweisen hatte.

Im naturwissenschaftlichen Unterricht mit 3.164 Unterrichtsstunden sind besonders die Computerkurse mit einer breiten Angebotspalette von Einstiegskursen bis hin zu den prüfungsbezogenen Kursen im Bereich des Anwenderpasses sowie die berufsbildenden Kurse für Verwaltungsmitarbeiter in Gemeindeämtern und in der Kreisverwaltung hervorzuheben. Die technische Ausstattung der Unterrichtsräume für EDV/Informatik in den kreislichen Gymnasien konnte im letzten Jahr erheblich verbessert werden, so daß auch im Abendunterricht mit modernster Hard- und Software gearbeitet werden kann. Im Frühjahrssemester 1997 absolvierten 78 Teilnehmer aus Computerkursen erfolgreich eine bundeseinheitliche Prüfung.

In der kulturellen Weiterbildung mit 2.318 Unterrichtsstunden konnte nach Einrichtung des neuen Ateliers das Bildungsangebot mit neuen Kursvorhaben in den Bereichen Kunst und kreatives Gestalten erweitert werden. Dank der guten Arbeitsbedingungen hat die künstlerisch anspruchsvolle Weiterbildung hier ebenso ihren Platz wie die Zielgruppenarbeit mit dem Anliegen, Vorruheständlern und Senioren, Behinderten und Arbeitslosen vielfältige Möglichkeiten für eine aktive Lebensgestaltung und soziale Kontakte zu erschließen. Ausstellungen mit Arbeiten aus den Kreativkursen der Kreisvolkshochschule im Atelier, im Kreisheimatmuseum sowie in den Museen Kloster Zinna und Blankensee legten Zeugnis ab von den beachtlichen Arbeitsergebnissen in diesem Bereich.

Die besondere Förderung von Einzelvorträgen im Rahmen der Grundversorgung wirkte sich vor allem positiv aus auf die Entwicklung von Bildungsangeboten im ländlichen Raum, wo die Vortragstätigkeit von Dozenten der Kreisvolkshochschule zu vielfältigen Fragen der Allgemeinbildung weiter ausgebaut werden konnte.

In unserem Landkreis fanden auch 1997 wieder vielfältige kulturelle Aktivitäten statt, gefördert, initiiert oder veranstaltet durch das **Kulturamt** und seine Einrichtungen.

Die Sommerwerkstatt für kunstinteressierte Kinder wurde zu einem Höhepunkt der Feriengestaltung für 40 Kinder des Landkreises. Sie stand unter dem Thema "Geisterhaus - Hausgeister". Vier Künstler gestalteten mit den Kindern gemeinsam Geschichten, Figuren, Kostüme oder Klänge - eine Förderung der Kreativität.

Zur Förderung von Künstlern gestaltete das Kulturamt in der Kleinen Galerie Zossen sieben Kunstausstellungen mit ca. 250 Besuchern je Ausstellung, die sowohl den Künstlern wie auch Besuchern Gelegenheit zu Austausch und Pflege der Interessen in den Bereichen bildende Kunst, Fotografie und Objektkunst bieten.

Über eine finanzielle Förderung des Kulturamtes von Kulturvereinen, Gruppen oder Gemeinden konnten vielfältige Initiativen unterstützt werden. Hervorzuheben ist beispielsweise das Projekt des Tara-Tanz-Theaters, gemeinsam gefördert mit der Stadt Luckenwalde mit Aufführung im Theater Luckenwalde, das Theaterprojekt "Amerika" des Wünsdorf e.V. zum Theaterfest am 3. Oktober in Wünsdorf oder das 2. Treffen der Zupforchester des Landes Brandenburg in Luckenwalde.

Eine institutionelle Förderung des Technischen Denkmals Glashütte, des Bauernmuseums Blankensee, des Museums Kloster Zinna, des Stadttheaters Luckenwalde und der Theater- und Konzertstätte Jüterbog stabilisierten weiterhin die kulturelle Grundsubstanz unserer Region.

Im Herbst bestimmten zwei Höhepunkte die Kulturlandschaft: Die Kreis- und Stadtbibliothek erhielt im Oktober eine neue Fahrbibliothek, finanziert über das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg sowie durch den Landkreis selbst. Die Fahrbibliothek befährt ab dem 20. Oktober die südlichen Routen im Landkreis und versorgt die Bevölkerung mit neuen Medien.

Auch boten verschiedene Veranstaltungen der Kreis- und Stadtbibliothek mit Lesungen von Autoren Gelegenheit für eine kreative Auseinandersetzung mit Literatur.

Die Kreismusikschule bezog ein neues Musikschulgebäude in der Ackerstraße 15 in Luckenwalde. Damit erhält sie in einem kreiseigenen Objekt modern ausgestattete Räume, die zusätzlich Tanzunterricht ermöglichen und insgesamt die Lern- und Arbeitsbedingungen für Schüler und Lehrer verbessern. Die offizielle Einweihung fand am 14. November 1997 statt, gefolgt von einem Tag der offenen Tür für alle interessierten Bürger. Wie jedes Jahr veranstaltete die Kreismusikschule zwei große Konzerte, einmal zum Schuljahresabschluß im Juni bzw. am 14. Dezember 1997 als Adventskonzert im Stadtheater Luckenwalde.

Das Kreisheimatmuseum in Luckenwalde zog mit seinen Sonderveranstaltungen zahlreiche Besucher an. Ein Höhepunkt war zum Beispiel die Ausstellung "Stalag IIIA" in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Stalag der Stadt Luckenwalde oder die Ausstellung "DENK MAL" der unteren Denkmalschutzbehörde des Kulturamtes.

Das Museum des Teltow in Wünsdorf konnte mit der Ausstellung der Forstwirtschaft zur militärischen und zivilen Nutzung in Zusammenarbeit mit dem Bundesforstamt Teltow viele interessierte Besucher erreichen.

Im Bereich Denkmalpflege ist die Fertigstellung der Baumaßnahmen am Sudermannschloß in Blankensee, dem Vierseithof in Luckenwalde und dem Stadttheater Luckenwalde hervorzuheben. Im Bereich der Bodendenkmalpflege gab es eine ungewöhnlich große Grabung (2 ha) einer mittelalterlichen Dorfstelle in Ludwigsfelde.

Die Arbeiten in Wünsdorf/Waldstadt in dem Konversionsgebiet wurden intensiv fortgesetzt. Insgesamt wurden die denkmalpflegerischen Maßnahmen im Landkreis Teltow-Fläming mit 800 TDM gefördert.

Der Tag des offenen Denkmals am 14. September 1997 bot viele Besichtigungsmöglichkeiten von Bau- und Bodendenkmalen sowie technischer Anlagen, die sehr viele Bürger besuchten. Allein die Höhere Fliegertechnische Schule in Niedergörsdorf verzeichnete über zweitausend Besucher.

Der diesjährige Denkmalpflegepreis wurde an einen Denkmaleigentümer in unserem Landkreis für ein von der Unteren Denkmalschutzbehörde (UDB) betreutes Wohnhaus in Dahme vergeben.

Anfang Dezember erschien das Heimatjahrbuch 1998, das vom Kulturamt jährlich herausgegeben wird. Ebenso der monatliche Veranstaltungskalender, den das Kulturamt gemeinsam mit dem Fremdenverkehrsverband Teltow-Fläming e.V. herausgibt.

Für das Projekt Kulturentwicklungsplanung des Landes Brandenburg unterstützt das Kulturamt die Erarbeitung der Konzeption des Landkreises Teltow-Fläming, die derzeit über ABM erfolgt.

Ein weiteres dem Dezernat III zugeordnetes Amt ist das **Sozialamt**.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit als Grund für den Sozialhilfebezug hat dazu geführt, daß ein Landesprogramm "Arbeit statt Sozialhilfe" aufgelegt wurde. So werden im Land Brandenburg seit 1992 (seit fünf Jahren) auf der Grundlage des BSHG, § 19 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für arbeitslose Personen mit Sozialhilfebezug für die Dauer eines Jahres geschaffen.

Aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, Landesmitteln sowie aus kommunalen Mitteln (Sozialhilfemittel) werden tariflich oder ersatzweise ortsüblich bezahlte Arbeitsverhältnisse in Form von Einzelarbeitsplätzen bei privaten Arbeitgebern oder Arbeitsplätzen in Arbeits- und Qualifizierungsprojekten gefördert. Wenn auch die Werbung zur Schaffung solcher Arbeitsplätze

nicht ganz leicht ist, haben sich doch etliche Betriebe, überwiegend Kleinbetriebe aus dem Handwerks-, Hotel- und Gaststätten- oder Handelsbereich bereit erklärt, zusätzliche Arbeitsplätze für diese Maßnahme bereitzustellen.

Die inhaltliche und organisatorische Gestaltung der Gruppenarbeitsplatzprojekte liegt weitgehend in der Hand der Beschäftigungsträger. Sie umfassen ein breites Spektrum von Arbeiten in Werkstätten als auch im Außenbereich, wie zum Beispiel in der Grünflächen- und Landschaftsgestaltung oder in anderen Bereichen.

Seit 1996 werden die Landesmittel unter Berücksichtigung der regional unterschiedlichen Betroffenheit der Kreise sowie spezifischer Qualitätskriterien den örtlichen Trägern der Sozialhilfe zugeordnet. Damit haben die Sozialämter bei der Durchführung des Förderprogramms eine Schlüsselfunktion übernommen. Neben der finanziellen Beteiligung in Höhe der aufgewendeten Sozialhilfe und der Auswahl der Teilnehmer/innen nehmen sie zusätzlich Koordinierungs- und Kontrollaufgaben wahr.

Für das Jahr 1997 wurden finanzielle Mittel in Höhe von 2.439.000,00 DM an Landesmitteln und 2.475.000,00 DM an Kreismitteln für die Projekte "Arbeit statt Sozialhilfe" eingesetzt. Zur Zeit werden 162 Teilnehmer in zehn Projekten durch fünf Träger beschäftigt, das entspricht einer Größenordnung von ca. zehn Prozent der sozialhilfebedürftigen Haushalte. Zur Erfüllung dieser Aufgabenstellung arbeitet das Sozialamt mit den nachstehend genannten fünf Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, wie

- das Bildungswerk FUTURA Luckenwalde e.V.
- die Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA)
- die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Arbeitnehmer mbH Neuheim (NEUBA)
- das Arbeitslosenzentrum Jüterbog
- die gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf/GAG

eng zusammen.

So gelang es 1996/97 51 Teilnehmer in eine feste Arbeit, 15 Teilnehmer in eine Umschulung, neun in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und vier in eine Ausbildung zu vermitteln.

In der Stadt Ludwigsfelde erfolgte am 1. Oktober 1997 die Neueröffnung des Ambulanten-Hilfe-Zentrums (Sozialstation) des Johannischen Sozialwerkes e.V. Da die alten Räumlichkeiten in der Potsdamer Straße 116-118 infolge des Bebauungsplanes abgerissen werden sollen, machte sich der Umzug in den Anton-Saefkow-Ring 5 erforderlich. Von der Stadt Ludwigsfelde bekam

der Träger die neuen Räume zur Verfügung gestellt und der Landkreis unterstützte die Herrichtung des Ambulanten-Hilfe-Zentrums durch eine Zuwendung in Höhe von 32.460,00 DM. Zum Nutzen all derer, die ambulante Leistungen dieses Hilfezentrums benötigen und in Anspruch nehmen, konnte somit eine einvernehmliche Lösung unter Beteiligung des Maßnahmeträgers, der Stadt und des Landkreises herbeigeführt werden.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Aufstiegsfortbildungsgesetz - AFBG) zum 1. Januar 1996 wurden im laufenden Jahr 1996 erstmals insgesamt 74 formlose Anträge im Sozialamt entgegengenommen, wovon 33 Anträge später zurückgezogen wurden. Gründe dafür waren einerseits die zu erfüllenden Fördervoraussetzungen und andererseits die Darlehensbedingungen.

1997 wurden von 38 gestellten Anträgen, 16 von den Antragstellern wieder zurückgezogen. Nach ca. zwei Jahren Erfahrung wird eingeschätzt, daß das sogenannte "Meister-BAföG" nicht die entsprechende Akzeptanz bei den Betroffenen findet. Problematisch erscheinen vordergründig die Darlehensbedingungen. So wurde für das Schuljahr 1997/98 in Jüterbog eine neue Klasse in der Fachrichtung "Meister für Maurer" u.ä. mit 25 Teilnehmern eröffnet. Bis zum heutigen Tag liegt kein einziger Antrag auf Meister-BAföG im Sozialamt vor. Es ist daher anzunehmen, daß die Teilnehmer eine andere Variante der Finanzierung ihrer Weiterbildung gefunden haben.

Unter Federführung des Sozialamtes erfolgte im Landkreis Teltow-Fläming 1997 der Aufbau einer Frühförder- und Beratungsstelle in Trägerschaft des DRK Kreisverbandes. Diese hat ihren Sitz in Ludwigsfelde und erbringt im gesamten Kreisgebiet ambulante und mobile Frühfördermaßnahmen für behinderte und von Behinderung bedrohter Kinder, die noch nicht im schulpflichtigen Alter sind. Die heilpädagogischen Frühfördermaßnahmen werden vom örtlichen Sozialhilfe- bzw. Jugendhilfeträger finanziert.

Der Landkreis Teltow-Fläming stellte auch im Jahr 1997 für den Behindertenfahrdienst finanzielle Mittel aus dem Kreishaushalt zur Verfügung. Anspruchsberechtigte Bürger mit dem Merkzeichen a.G. im Schwerbehindertenausweis erhalten monatlich Fahrcoupons im Wert von 30,00 DM. Im Jahr 1997 waren 292 Bürger anspruchsberechtigt und erhielten vom Sozialamt Fahrcoupons ausgehändigt.

Von der Arbeitsgemeinschaft Behindertenfahrdienst und den Ambulanten-Hilfe-Zentren wurden bis zum 22. Oktober 1997 Fahrcoupons im Wert von 53.795,00 DM beim Sozialamt abgerechnet.

Der Jahresbericht, der vom **Jugendamt** seit 1995 jährlich vorgelegt wird, gibt detailliert Auskunft über die Aktivitäten und Entwicklungen in diesem Amt.

Die Besonderheit des Jugendamtes liegt darin, daß es aus der Verwaltung und dem Jugendhilfeausschuß besteht.

Der Jugendhilfeausschuß, dem neun Abgeordnete und sechs Vertreter von freien Trägern angehören, führte sieben ordentliche Sitzungen durch.

Im Unterausschuß Jugendhilfeplanung wurden die Diskussionen um den Kita-Bedarfsplan abgeschlossen, so daß er 1998 dem Kreistag zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann.

Die Beratungsdienste in Sachen Unterhaltsrecht und Unterhaltsersatzleistung werden von den Bürgern intensiv genutzt. So wurden bis zum Stichtag 30. September 1997 ca. 520 Anträge auf Beratung und Unterstützung bearbeitet und 539 neue Anträge auf Unterhaltsvorschußleistungen gestellt.

Die derzeit 1 400 Vorgänge im Unterhaltsvorschuß sind vor allem Ausdruck der Erwerbslosigkeit von Unterhaltsverpflichteten. Während die Zahl der Beistandschaften und der Unterhaltsstreite leicht sank, hat sich die Zahl der Amtsvormundschaften auf 60 erhöht. Kinder/Jugendliche, für die das Gericht Amtsvormundschaft anordnet, müssen vorwiegend in Einrichtungen untergebracht werden.

Aufgabe des Jugendamtes ist es, für jedes hilfesuchende Kind/für jeden hilfesuchenden Jugendlichen die notwendige und geeignete Hilfe anzubieten. Kostensenkung ohne Qualitätsverluste in der Hilfgewährung ist Hauptanliegen aller Mitarbeiter.

Der Ausbau der ambulanten Hilfeformen war deshalb für 1997 Schwerpunktaufgabe. Es ist gelungen, das Angebot zu stabilisieren und zu erweitern, so daß der bestehende Bedarf gedeckt werden kann.

Im Bereich des Pflegekinderdienstes wurden Kurzzeitpflegestellen und solche für Kinder mit heilpädagogischem Förderbedarf geschaffen. Die Zahl der in Einrichtungen untergebrachten Kinder und Jugendlichen - zur Zeit 185 - ist vorerst nicht gesunken. Allerdings ist sie trotz geburtenstarker Jahrgänge auch nicht wesentlich gestiegen. Es darf angenommen werden, daß sich die geleisteten ambulanten Hilfen, darunter insbesondere die sozialpädagogische Familienhilfe, in den nächsten Jahren positiv auswirken werden.

Mit der Verschlechterung der Ausbildungslage ist auch das Jugendamt gefordert, für besonders benachteiligte Jugendliche seinen Beitrag nach § 13 SGB VIII zu leisten. Für insgesamt sieben Jugendliche wird Jugendberufshilfe in Form von Ausbildungsförderung gewährt.

Schwerpunkte in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und für die Kindertagesstätten waren:

- der Aufbau und die Etablierung der Arbeitsgruppe "Jugendschutz" unter Federführung des Jugendamtes,
- der Einsatz von Schulsozialarbeitern an ausgewählten Schulen des Landkreises,
- eine gerechte Bezuschussung von Freizeiteinrichtungen im Landkreis und
- die Attraktivität des Hortes zu erhöhen, damit er auch für Schüler der 5. und 6. Klassen noch ein Angebot sein kann.

Im Bereich Sport ist eine stetige Vereinsentwicklung zu erkennen. Mit Stand vom 10. November 1997 waren im Landkreis Teltow-Fläming 136 Vereine mit 13 873 Mitgliedern gemeldet.

Förderungen gemäß der Sportförderrichtlinie des Landkreises Teltow-Fläming werden von einem großen Teil der Sportvereine ausgeschöpft. In diesem Jahr erhielten unter anderem der Reitverein "Fläming" e.V. Jüterbog für das Spring- und Dressurturnier sowie der Sportverein "Lokomotive" Rangsdorf für das 42. Internationale Handballturnier in Rangsdorf eine finanzielle Unterstützung.

Die Hauptaufgabe für 1998 ist die Qualitätsverbesserung und -sicherung in allen Bereichen der Jugendhilfe, um einer Kostensteigerung entgegenzuwirken.

Zu den Schwerpunktaufgaben des **Gesundheitsamtes** im Bereich Umwelthygiene und Medizinischer Umweltschutz gehörte auch im Jahr 1997 die Überwachung der zentralen Wasserversorgungsanlagen durch das Gesundheitsamt. Eine mikrobiologische Grenzwertüberschreitung wurde nur einmal in einem Wasserwerk festgestellt. Probleme mit dem Kalk-Kohlensäure-Gleichgewicht gibt es in sieben Wasserwerken. Durch das Gesundheitsamt wurde die vierteljährliche Untersuchung in den betreffenden Wasserwerken angeordnet. Chemische Grenzwertüberschreitungen im Reinwasser mit gesundheitlicher Relevanz wurden nicht festgestellt. Die 1996 noch unter Grenzwert aufgetretene Belastung mit solchen chemischen Schadstoffen (LHKW) in den beiden Wasserwerken in Ludwigsfelde wurde durch zusätzliche technische Aufbereitung beseitigt. Laufende Kontrollen des Trinkwassers bestätigen, daß die Versorgung mit qualitätsgerechtem Trinkwasser im Gebiet Ludwigsfelde gewährleistet ist. Im August 1997 erhielt das Gesundheitsamt Kenntnis über LHKW-Belastung im Grenzwertbereich im Reinwasser des Wasserwerkes Rangsdorf. Sofortmaßnahmen zur Sicherstellung der Trinkwasserqualität sowie weitere Maßnahmen, wie Gefährdungsabschätzung und Vorbereitung zum Einbau einer technischen Aufbereitung, wurden gemeinsam mit dem Umweltamt eingeleitet.

Hinsichtlich der Problematik der Einzelwasserversorgungsanlagen in Klausdorf und Mellensee konnte noch keine Lösung durch Anschluß an die zentrale Trinkwasserversorgung erreicht werden. Während der Badesaison 1997 wurden fünf EG-Badestellen 14tägig und zwölf sonstige Badestellen an Gewässern vierwöchentlich überwacht und beprobt. Es gab keine Grenzwertüberschreitungen im mikrobiologischen Bereich. Aufgrund der starken Blaualgenentwicklung und damit verbundener sehr geringer Sichttiefe von unter 20 cm mußten jedoch sechs Badestellen gesperrt werden. Die Bekanntgabe der Badewasserqualität erfolgte durch Veröffentlichungen in der Presse und durch Sichttafeln im Gesundheitsamt.

Es wurden acht Freibäder (Beckenbäder) im Kreisgebiet kontrolliert und beprobt. Unzureichende bauliche und technische Voraussetzungen führten wiederholt in drei Freibädern zu auffälligen Badewasserbefunden. Zeitweilig mußte der Badebetrieb in zwei Freibädern vom Gesundheitsamt untersagt werden. Für den Weiterbetrieb in den kommenden Jahren sind Rekonstruktionsmaßnahmen erforderlich. Dies betrifft die Freibäder Ließen, Buckow und Dahme.

Im Bereich Infektionsschutz galt es, im Verlaufe des Jahres 1997 die erweiterte Meldepflicht für Infektionskrankheiten im Land Brandenburg umzusetzen. Dies machte eine verstärkte Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten im Landkreis notwendig. Besondere Erkrankungsgeschehen durch Infektionskrankheiten traten nicht auf. An erster Stelle bei Ermittlungen und Umgebungsuntersuchungen standen wie bisher die infektiösen Magen-Darm-Erkrankungen, insbesondere durch Salmonellen verursacht. Insgesamt ist eine rückläufige Tendenz bei diesen Erkrankungen zu verzeichnen. Auch die Anzahl der Tuberkuloseerkrankungen ist rückläufig.

Zur Verhütung bestimmter Infektionskrankheiten (z. B. Masern, Mumps, Röteln, Diphtherie, Keuchhusten) ist ein hoher Durchimpfungsgrad der Bevölkerung notwendig. Im Rahmen einer Impfkampagne des Landes Brandenburg zur Schließung von Masern-, Mumps-, Röteln-Impflücken wurden im Schuljahr 1996/97 alle Schülerinnen und Schüler der 4. Klassen im Landkreis durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes auf ihren Impfstand hin überprüft. Bei unvollständigem Impfstand wurde auf Wunsch durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst geimpft (1.117 Impfungen), bzw. an die Hausärzte verwiesen. Der Erfolg der Kampagne hängt davon ab, inwieweit die Hausärzte aufgesucht werden, um die fehlenden Impfungen nachzuholen. Eine Auswertung des Durchimpfungsgrades dieser Altersgruppe ist in 2 Jahren anläßlich der jugendärztlichen Reihenuntersuchungen in der 6. Klasse vorgesehen.

Insgesamt wurden vom Kinder- und Jugendgesundheitsdienst im Schuljahr 1996/97 5.793 Impfungen verabreicht (im Schuljahr 1995/96 3.874 Impfungen).

Im Rahmen der Gesundheitsvorsorge wurden 3.851 Schüler jugendärztlich untersucht, davon 1.361 Schulabgänger (100 %) nach Jugendarbeitsschutzgesetz. Von 2.891 gemeldeten Kindern in Kindertagesstätten wurden 1.034 (35,8 %) in Ergänzung sonstiger Vorsorgeangebote untersucht. 1.625 Schulanfänger (100 %) wurden untersucht. Bei den insgesamt 4.885 untersuchten Kindern und Jugendlichen wurden 1.531 behandlungs- bzw. kontrollbedürftige Befunde festgestellt und zur Abklärung an die Hausärzte bzw. Fachärzte verwiesen.

Vom Zahnärztlichen Dienst wurden im Schuljahr 1996/97 23.952 (86,2 %) der Kinder und Jugendlichen im Alter von 3 - 18 Jahren zahnärztlich untersucht. Als eine Maßnahme zur Kariesverhütung wird flächendeckend die Gruppenprophylaxe angeboten (Motivation zur richtigen Zahnpflege, Durchführung von Zahnputzübungen, Motivation zur gesunden Ernährung, Hinweis auf die Bedeutung des regelmäßigen Zahnarztbesuches). Insgesamt wurden 14.248 Kinder (83,4 %) in Kindereinrichtungen, Grund- und Förderschulen vom Team des Zahnärztlichen Dienstes gruppenprophylaktisch betreut.

Im Ergebnis der zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen wurden in den letzten Jahren Verbesserungen in Bezug auf primär gesunde Gebisse und eine Verminderung der Anzahl behandlungsbedürftiger Gebisse festgestellt. Dies sind mit Sicherheit schon erste Auswirkungen der gruppenprophylaktischen Maßnahmen, die seit 1993 flächendeckend im Landkreis Teltow-Fläming durchgeführt werden.

Der Sozialpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamtes verzeichnete wiederum einen zunehmenden Beratungs- und Betreuungsbedarf bei psychisch Kranken und Suchtkranken, vorwiegend Alkoholkranken. Die immer schwieriger werdende soziale Situation, insbesondere durch Verlust der Arbeit und Verlust der Wohnung, hat auch eine Zunahme des Betreuungsumfanges pro Klient zur Folge. Ambulante Komplementäreinrichtungen, die insbesondere für psychisch Kranke nicht ausreichend vorhanden sind, würden eine Entlastung besonders in Krisensituationen sowohl für die Betroffenen als auch für den Sozialpsychiatrischen Dienst bedeuten. Es wurde eine deutliche Zunahme an Hausbesuchen verzeichnet, wobei die wohnortnahen Beratungsdienste des Gesundheitsamtes in Luckenwalde und in den Nebenstellen Jüterbog, Ludwigsfelde und Zossen von großem Vorteil sind. Die Inanspruchnahme der Suchtberatungsstellen wegen illegalen Drogengebrauchs, vornehmlich Haschisch und Marihuana, ist weiterhin zunehmend.

Der Sozialpsychiatrische Dienst begleitet zahlreiche Selbsthilfegruppen, wobei die Bildung von Gruppen für Angehörige von Suchtkranken oder psychisch Kranken besonders unterstützt wird, um auch Angehörige von Betroffenen zu mehr Hilfe und Selbsthilfe zu motivieren.

Die Beratungsstellen für Behinderte und chronisch Kranke im Sozialmedizinischen Dienst wurden ebenso von schwer Krebskranken aufgesucht, um Hilfe bei der Bewältigung von Krisensituationen in schwieriger sozialer Lage bei zunehmend fehlender Arbeitsmöglichkeit zu erhalten. Hinzu kommt, daß Hilfsbedürftige immer häufiger allein leben. Es wurden mehr Hausbesuche als in den vergangenen Jahren durchgeführt. Nachteilig für Hilfesuchende wirkt sich die unzureichende psychotherapeutische Versorgung besonders im südlichen Kreisgebiet aus. Es wurden fünf neue Selbsthilfegruppen im sozialmedizinischen Bereich initiiert.

Öffentlichkeitsarbeit und Förderung des Selbsthilfegedankens ist ein besonderes Anliegen des Gesundheitsamtes. Hier gab es auch 1997 zahlreiche Aktivitäten und Aktionen, z. B. Organisation des Tages der Selbsthilfe, Unterstützung des 5. Diabetikertages, Aktionen zum Tag der Zahngesundheit, zur Osteoporosewoche, zur Herzwoche, zum Welt-Aidstag usw.

Im Rahmen der AG Gesundheitsförderung wurde eine Arbeitsgruppe Suchtprävention gebildet, die das Konzept zur Suchtprävention mit Kindern und Jugendlichen im Landkreis Teltow-Fläming umsetzt. In dieser Arbeitsgruppe sind verschiedene Ämter, Krankenkassen, Vereine und Polizei vertreten. Das Gesundheitsamt wirkt hier koordinierend. Außerdem werden Multiplikatorenschulungen durchgeführt, um möglichst viele Berufsgruppen zur Aufklärungsarbeit zu befähigen. Weitere Schwerpunkte sind AIDS-Aufklärung und Sexualpädagogik.

Aus der Sicht des **Staatlichen Schulamtes** für den Landkreis Teltow-Fläming umfaßt das Kalenderjahr 1997 sowohl das zweite Schulhalbjahr 1996/97 als auch das erste von 1997/98.

Das Brandenburgische Schulgesetz - es trat wie bekannt zum 1. August 1996 in Kraft, bestand seine ersten Bewährungsproben. Die Einschätzung, daß dieses Gesetz vor allem durch Kontinuität und maßvolle Weiterentwicklung gekennzeichnet ist, bestätigte sich ohne Abstriche.

Im Landreis Teltow-Fläming besuchen zur Zeit etwa 25000 Schülerinnen und Schüler in etwa 1000 Klassen die insgesamt 72 Schulen. Sie werden von etwa 1600 Lehrkräften unterrichtet.

Die breite Einführung des Faches Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde, kurz LER, war einer der Schwerpunkte in Vorbereitung des jetzt laufenden Schuljahres. Wegen der noch nicht überall gesicherten personellen und materiellen Voraussetzungen war die Einführung bisher erst an 12 Schulen und in 43 Klassen möglich.

Schulform	Anzahl	Klassen	Schüler	Anträge auf Befreiung
Gesamtschulen	5	9	417	10
Realschulen	3	16	241	1
Gymnasien	4	18	559	31
gesamt	12	43	1.217	42

Damit wird etwa ein Stand erreicht, der dem im Land Brandenburg insgesamt entspricht (171 Schulen, 947 Klassen, 24383 Schüler). Was die Befreiungsanträge betrifft, so liegt unser Kreis mit etwa 3,5 % deutlich über dem Landesdurchschnitt von 2 %.

In dem Eingangsjahrgang der Primarstufe wurden 1997 in 66 Klassen knapp 1600 Schüler aufgenommen. Das entspricht einer Klassenfrequenz von etwa 24 Schülern und bedeutet einen Rückgang von 27 Klassen und knapp 400 Schülern zum Vorjahr. Damit ist der Tiefpunkt der Einschulungszahlen jedoch bei weitem nicht erreicht. Für die Folgejahre rechnen wir mit etwa 45 bis 50 Klassen und mit weniger als 1000 Schülern pro Jahrgang.

Es ist nur natürlich, daß dies deutliche Auswirkungen auf die Schullandschaft hat. So wurden zum Ende des Schuljahres 1996/97 die Nicolai-Grundschule in Jüterbog und die Grundschule Kummersdorf-Alexanderdorf geschlossen, gleiches geschieht mit der Grundschule V in Luckenwalde nach dem Schuljahr 1997/98.

Im Schuljahr 1998/99 wird voraussichtlich an fünf Standorten keine Klassenbildung im Eingangsjahrgang möglich sein, und damit wird in der Regel die Auflösung einer Schule - bzw. deren Änderung - eingeleitet.

Die Zulassung zur Sekundarstufe I erfolgte auch 1997 durch das vorgeschriebene Übergangsverfahren. Die Grundlage bildeten erstmals Grundschulgutachten ohne Bildungsgangempfehlung.

Die Bildungsgangwünsche der Eltern erbrachten bei insgesamt 2100 Schülern folgendes Bild:

Bildungswunsch	Schüler	Prozent
Erweiterte Berufsbildungsreife	480	23
Fachoberschulreife	760	36
Allgemeine Hochschulreife	860	41

Auf Antrag der Schulträger wurde durch das Staatliche Schulamt in fünf Fällen eine dringend notwendige Kapazitätserweiterung in jeweils einem Zug vorgenommen. Dies betrifft die Gesamtschulen in Zossen/Dabendorf, Dahlewitz und Ludwigsfelde sowie die Gymnasien in Luckenwalde und Ludwigsfelde. Danach konnte das Verfahren im wesentlichen ohne größere Probleme abgeschlossen werden.

Schließlich ergab sich die folgende Verteilung:

Schulform	Anzahl	Klassen 7	Schüler	Prozent
Realschulen	5	13	350	17
Gesamtschulen	16	43	1.140	54
Gymnasien	6	22	610	29

Auch im Bereich der Sekundarstufe I ergaben sich Veränderungen in der Schullandschaft. So wurde die Realschule Glienick aufgelöst. In Blankenfelde wurde die Trennung zwischen Gymnasium und Gesamtschule vollzogen. Die Gesamtschule läuft nach 1997/98 ebenso wie der Sekundarstufe I-Teil der Schule in Stülpe aus.

Im Jahr 1997 legten die Schüler der Jahrgangsstufe 13 zum dritten Mal ein Abitur nach neuem Recht ab. Von den 562 zum Abitur zugelassenen Schülern bestanden schließlich 543 Schüler. Der Notendurchschnitt fiel etwas niedriger aus als in den Vorjahren. Auch dies entspricht einer landesweiten Entwicklung.

1998 wird erstmals an acht Schulen unseres Kreises (fünf Gymnasien, drei Gesamtschulen) das Abitur abgelegt, da das Gymnasium Blankenfelde ab 1. August 1997 mit einer eigenständigen gymnasialen Oberstufe arbeitet.

Das vergangene Jahr war auch ein Jahr besonders intensiver Zusammenarbeit mit dem Schulverwaltungsamt.

Das Staatliche Schulamt für den Landkreis Teltow-Fläming hat es in diesem Zusammenhang als seine Aufgabe betrachtet, z. B. in Fragen der Schulentwicklungsplanung, der Trägerschaftsänderung im Sek. I-Bereich, der Veränderung in der Schülerbeförderung und bei der Vorbereitung der großen Bauvorhaben stets als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen und - wenn es nötig sein sollte - aktiv an der Lösung der vielfältigen Probleme mitzuarbeiten. So nahmen Vertreter des Staatlichen Schulamtes an allen Benehmenserstellungen mit den Schulträgern im Zuge der Schulentwicklungsplanung teil, diskutierten mit den Vertretern der Schulen und Kommunen und unterstützten die sinnvollen Ansätze zur Straffung der Schullandschaft im Planungszeitraum ohne Abstriche.

Insgesamt brachte auch das vergangene Kalenderjahr deutliche Fortschritte bei der weiteren Ausgestaltung unserer Schulen auf der Grundlage des Schulgesetzes. Sowohl die personellen als auch die materiellen Bedingungen für die Bildung und Erziehung unserer Mädchen und Jungen wurden weiter verbessert.

Nach ausführlicher Berichterstattung über die Schwerpunkte der Arbeit im Dezernat III, folgen nun Informationen zum **Planungsamt**, das zum **Dezernat IV** gehört.

Nach Abschluß des förmlichen Beteiligungsverfahrens zum Regionalplan Havelland-Fläming erfolgte im Juni 1997 die Abwägung und der Satzungsbeschluß durch die Regionalversammlung. Bei der Landesplanungsbehörde wurde der Antrag auf Genehmigung gestellt. Seine Genehmigung wird zu Beginn des Jahres 1998 erwartet. Mit diesem Regionalplan werden durch die Konkretisierung der regionalplanerischen Ziele die Siedlungsstruktur und Siedlungsfunktion in unserer Region gesteuert und für alle kommunalen Ebenen verbindlich festgelegt. Das Leitbild der dezentralen Konzentration wird jetzt auch auf der Ebene des Regionalplanes rechtlich gefaßt. So soll erreicht werden, daß sich in der Bereitstellung von Siedlungsflächen der engere Verflechtungsraum um die Hauptstadt und der äußere Entwicklungsraum soweit als möglich ergänzen, um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen des Landkreises zu sichern. Vorrang genießt die Innenentwicklung der Städte und Gemeinden, um mit dem zur Verfügung stehenden Grund und Boden so sorgsam wie möglich umzugehen und die Zersiedlung der Landschaft zu verhindern.

Im Beteiligungsverfahren zum Landesentwicklungsplan Standortsicherung Flughafen gemäß §§ 4 und 5 Raumordnungsgesetz in Verbindung mit Art. 8 Landesplanungsvertrag wurde nach Abstimmung mit den Fachämtern und nach Beratung im Ausschuß für Regionalentwicklung die kreisliche Stellungnahme abgegeben. Insbesondere die im Landesentwicklungsplan enthaltene Flughafensicherung Schönefeld und die damit verbundenen Planungszonen-Siedlungsbeschränkungen I und II wird durch den Landkreis und die betroffenen Gemeinden im Umfeld des Flughafenstandortes abgelehnt. Bereits bestehende, verbindliche Bauleitplanungen in Mahlow, Blankenfelde und Groß Kienitz werden durch die Planungszonen-Siedlungsbeschränkung I gefährdet. Die zu erwartende zunehmende Verkehrsbelastung, Verlärmung, Schadstoffbelastung, Zerstörung der Naherholungsfunktion in den Orten wie auch im Teltow-Park sowie Einschränkungen bei bereits eingeleiteten Planungen des betroffenen Raumes begründen diesen Widerstand gegen die Ziele der Standortsicherung des Flughafens Schönefeld.

Nicht unproblematisch sind die Ziele des Landesentwicklungsplanes zur Siedlungsentwicklung für die Gemeinden des engeren Verflechtungsraumes, in denen durch die besondere Lagegunst an Fernbahnstrecken mit Zugangsstellen zum schienenengebundenen Nahverkehr, an Bundesautobahnen, an Bundesstraßen und Landesstraßen erhöhter Siedlungsdruck besteht und die erreichte Entwicklung schon jetzt die Grenze der im Regionalplan zugeordneten Zielvorstellung erlangt hat bzw. teilweise schon überschritten ist.

Die Erarbeitung konzeptioneller Zielvorstellungen für die Entwicklung im Landkreis wurde kontinuierlich weitergeführt. Oberste Priorität hat die Erarbeitung der Kreisentwicklungskonzeption, in welcher die künftigen Aufgaben des Landkreises im Rahmen seiner Aufgabenkompetenz dokumentiert werden. Es wird damit ein verwaltungsinternes Beurteilungsinstrument für alle künftigen Entwicklungsziele geschaffen. Zur Zeit werden die inhaltlichen mittelfristigen Fachziele der Ämter der Kreisverwaltung erfaßt, beraten und zu einem Konzept zusammengestellt, welches sowohl Handlungsmaßstab der Verwaltung wie auch Beurteilungsmaßstab für die Abgeordneten für künftige Maßnahmen des Landkreises werden soll.

Auf Grund notwendig zu treffender Entscheidungen wurden Teilkonzepte dieser Kreisentwicklungskonzeption bereits erarbeitet und sind später in das Gesamtkonzept einzuordnen.

Eine Reitwegekonzeption für den Nordteil des Landkreises wurde im Juni 1997 fertiggestellt. Sie wird in die Erstellung eines umweltverträglichen Rad- und Wanderwegenetzes am Südrand von Berlin integriert. Mit dieser Konzeption wurde in enger Zusammenarbeit mit den berührten Gemeinden das Ziel verfolgt, die vom Amt für Forstwirtschaft innerhalb des Waldes/Forstes festgelegten Reitwege über Feld und Flure miteinander zu verbinden und für die Erholungsnutzung bereitzustellen.

Ebenfalls seit Juni 1997 liegt dem Landkreis das 1996 begonnene "Räumliche Entwicklungskonzept für den Raum Ludwigsfelde - Teltow/Stahnsdorf - Steglitz/Tempelhof" im Ergebnis vor. Es wurde durch das Land Berlin, den Landkreis Teltow-Fläming und den Landkreis Potsdam-Mittelmark zur Erarbeitung der Gruppe Planwerk in Auftrag gegeben. Mit diesem Konzept wurden Grundsätze zur räumlichen Entwicklung erarbeitet, Perspektiven der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, Entwicklung der Landschaften sowie die Entwicklung der Teilräume, Orte und Netze untersucht, die inneren Beziehungen und Verflechtungen des Untersuchungsraumes im Gesamtzusammenhang dargestellt und Entwicklungsprioritäten abgeleitet. Es ist erstmals gelungen, über Kreis- und Hauptstadtgrenzen hinweg Handlungsschwerpunkte zur Siedlungs- und Freiraumentwicklung herauszuarbeiten und einen mit den betroffenen Kommunen abgestimmten Rahmen für die weitere Entwicklung in dieser Region zu schaffen.

In die Kreisentwicklungskonzeption wird auch die Luftverkehrsentwicklung im Landkreis einbezogen. Die Verkehrslandeplätze Schönhagen, Oehna und der Sonderlandeplatz Reinsdorf haben große Bedeutung für die wirtschaftliche und touristische Entwicklung. Der Verkehrslandeplatz Schönhagen, dessen Gesellschafter zu einem wesentlichen Teil der Landkreis ist, ist derzeit der verkehrsreichste Landeplatz im Land Brandenburg. Durch die geplante Stilllegung der Flughäfen Tempelhof und Tegel sowie durch die zu erwartende Verdrängung des allgemeinen Flugverkehrs vom Flughafenstandort Schönefeld wird, bedingt durch die geringe Entfernung von Berlin, die Bedeutung dieses Landeplatzes steigen und den heute schon regional bedeutenden Wirt-

schaftsstandort weiter stärken. Die Möglichkeit zum weiteren Ausbau des Verkehrslandeplatzes soll künftig bei allen Planungen offengehalten werden. Bei der Entwicklung der Infrastruktur in diesem Raum ist die Luftverkehrsentwicklung jeweils mit zu betrachten.

Eine touristische Radwanderwegekonzeption "Niederer Fläming - Baruther Urstromtal " wird zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur im schwachstrukturierten ländlichen Raum, insbesondere der touristischen Infrastruktur, im Raum Luckenwalde, Jüterbog und Dahme beitragen. Sie sieht vor, auf einer Länge von ca. 170 km einen touristischen Radwanderweg einschließlich einem Inline-Skater Rundkurs mit einer Marathon-Strecke zu entwickeln. Für dieses Projekt wurden bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg Fördermittel für ein Investitionsvolumen von insgesamt 24,3 Millionen DM beantragt. Die befristete Laufzeit zur Durchführung dieser Maßnahme wird voraussichtlich drei Jahre betragen. Der Antrag zur Fördermittelbereitstellung für den Radweg erfolgte bereits im Dezember 1995 in einer Höhe von 9,6 Millionen DM. Auf Grund der verlängerten Trassenführung und der Einbeziehung der Inline-Skater-Bahn erhöhte sich das Investitionsvolumen. Zur Zeit erfolgen die Abstimmungen mit der Landesinvestitionsbank zum Förderumfang. Diese Maßnahme wird voraussichtlich mit 70 % gefördert. Die Bewilligung der Fördermittel wird im Dezember 1997/Januar 1998 erwartet.

Für die Umverlegung der Kreisstraße 7225 als Ortsumgehung Baruth wird auf der Grundlage von Ingenieurverträgen die Entwurfsplanung einschließlich der Umweltverträglichkeitsstudie und dem landschaftspflegerischen Begleitplan erarbeitet. Seit Juli 1997 läuft die vorgezogene Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, um das nachfolgende Planfeststellungsverfahren mit einer weitestgehend abgestimmten Planung einzuleiten. Neben der Straßenplanung auf einer Länge von 1260 m wird ein Brückenbauwerk über die Eisenbahntrasse Berlin - Dresden Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens sein.

Der 1996 begonnene Aufbau eines geographischen Informationssystems im Planungsamt ist wesentlich vorangekommen. Die Datenerfassung wird mit den Gemeinden des Landkreises noch in diesem Jahr abgestimmt. Die digitale Erfassung und Anpassung der Straßen, Rad-, Reit- und Wanderwege ist in der Vorbereitung. Entwicklungsdarstellungen, wie zum Beispiel Bevölkerungsentwicklungen, Bauflächenentwicklungen unter anderem, können nunmehr auf unterschiedlichen Kartengrundlagen oder in Diagrammform erfolgen. Damit sind Abfragungen und Datenaustausche unterschiedlicher Zielstellungen möglich, die zu besseren Beurteilungen von planerischen Maßnahmen sowie zu Repräsentationszwecken beitragen.

Weiterhin berichtet werden soll über **das Kataster- und Vermessungsamt**, welches ebenfalls zum Dezernat IV gehört und seinen Sitz in der Waldstadt hat.

Nach Hochrechnungen auf der Basis der Zahlen vom 30. September 1997 ergibt sich für den Kataster- und Vermessungsbereich (Auskunft, Messungsvorbereitung und Übernahme von Messungen in das Liegenschaftskataster) ein ständig steigender Auftragseingang (zwischen 20% und 45%) im Vergleich zum Vorjahr.

Nur bei den Eigentümerrecherchen ist ein Rückgang der selbstbearbeiteten Vorgänge zu verzeichnen. Das liegt unter anderem daran, daß Fremdfirmen über Mittel des Ministeriums der Finanzen bei der Recherche eingesetzt werden. Diese Art der Bearbeitung erfordert eine stärkere Betreuung der Firmen durch das Amt und ergibt demzufolge eine geringere Quote bei der Eigenbearbeitung. Des weiteren scheint die Zahl der Recherchen insgesamt zurückzugehen.

Überwachung der Gebäudeeinmessungspflicht

Nach dem Vermessungs- und Liegenschaftsgesetz Brandenburg ist jedes nach 1992 errichtete Gebäude einmessungspflichtig. Bis zum Jahre 1996 wurden die Baugenehmigungen nur gesammelt. Seit dem letzten Jahr werden die Genehmigungen ausgewertet und die Bauherren, die ihrer Verpflichtung noch nicht nachgekommen sind, auf die Einmessungspflicht hingewiesen. In wenigen Fällen muß die Einmessung - von Amts wegen - bei öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren in Auftrag gegeben werden. Die Kosten werden verauslagt und über Gebührenbescheid vom Eigentümer zurückgefordert.

Seit Beginn dieser Maßnahme sind 2715 Baugenehmigungen erfaßt und ausgewertet. Endgültig abgeschlossen sind 854 Vorgänge. Eine Einmessung durch das A 62 ist nicht beabsichtigt, da das Amt nur über einen ständigen Außendiensttrupp verfügt.

Automatisiertes Liegenschaftsbuch

Das Automatisierte Liegenschaftsbuch (= ALB = EDV-geführter, buchmäßiger Nachweis der Flurstücke im Kreisgebiet) weist zum Zeitpunkt des letzten Hauptabschlusses 171.677 Flurstücke in 231 Gemarkungen des Landkreises Teltow-Fläming nach (Jahresabschluß 1996). Die Anzahl ist durch Teilungen und Vereinigungen (fachtechnisch: Verschmelzungen und Zerlegungen) ständigen Schwankungen unterworfen. Bis zum Stichtag wurden rund 14.500 Änderungen in das ALB eingegeben. Sämtliche Eingaben müssen manuell in die EDV eingegeben werden, da ein Datenaustausch (hauptsächlich mit dem Grundbuchamt) zur Zeit nur über EDV-Ausdrucke in Papierform erfolgen kann. Ebenso kann das Grundbuch die in das Kataster übernommenen Änderungen auch nur in Papiausdrucken erhalten und verarbeiten. Hier ist nur zu hoffen, daß eine vernünftige Lösung im interministeriellen Bereich erzielt wird.

Automatisierte Liegenschaftskarte

Der Aufbau der Automatisierten Liegenschaftskarte (= ALK = geographisches Basisinformationssystem) muß verstärkt vorangetrieben werden. Die verschiedensten Fachdisziplinen verlangen mehr oder weniger kompetent nach einem Graphischen-Informationssystem auf der Basis der Katastergrundlagen. Das Land Brandenburg hat inzwischen für die Datenbank und die entsprechende Schnittstelle für die Daten des Liegenschaftskatasters Festlegungen getroffen, damit zügig mit dem Aufbau der Datenbank begonnen werden kann. Der Landkreis Teltow-Fläming ist in der glücklichen Ausgangslage, daß bereits seit 1993 Erfahrungen mit der ALK gesammelt werden konnten.

Derzeit liegen Daten in der "Vorstufe der ALK" für den Bereich Blankenfelde Mahlow, Wünsdorf/Waldstadt und verschiedene kleinere Gebiete vor.

Geschäftsstelle des Gutachterausschusses

Bei der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Landkreis Teltow-Fläming sind bisher 1500 Grundstückskaufverträge eingegangen, von denen mehr als 80 % für die Ermittlung der Bodenrichtwerte und für weitergehende Kaufpreisanalysen bereits ausgewertet sind.

Es wurden 280 schriftliche Auskünfte über Bodenrichtwerte erteilt, schriftliche Auszüge aus der Kaufpreissammlung (natürlich anonymisiert) wurden 40 mal angefordert.

Überwiegend seit Ende Juli 1997 - dem Zeitpunkt der Bekanntmachung der geänderten Nutzungsentgeltverordnung - wurden 120 schriftliche Auskünfte über das ortsübliche Nutzungsentgelt erteilt. Weiterhin werden pro Tag etwa 35 bis 40 mündliche Auskünfte erteilt, wobei zur Zeit etwa 25 bis 30 Auskünfte allein das ortsübliche Nutzungsentgelt zum Inhalt haben.

Im laufenden Jahre wurden zwei Auszubildende für den Beruf des Vermessungstechnikers vom Landkreis Teltow-Fläming eingestellt. Auch für das kommende Jahr hat das Land bereits signalisiert, daß wiederum Mittel für die Einstellung von zwei Auszubildenden bereitgestellt werden.

Auch im zurückliegenden Kalenderjahr galt das Hauptaugenmerk der **Unteren Bauaufsichtsbehörde** der Beschleunigung der Verfahrenen.

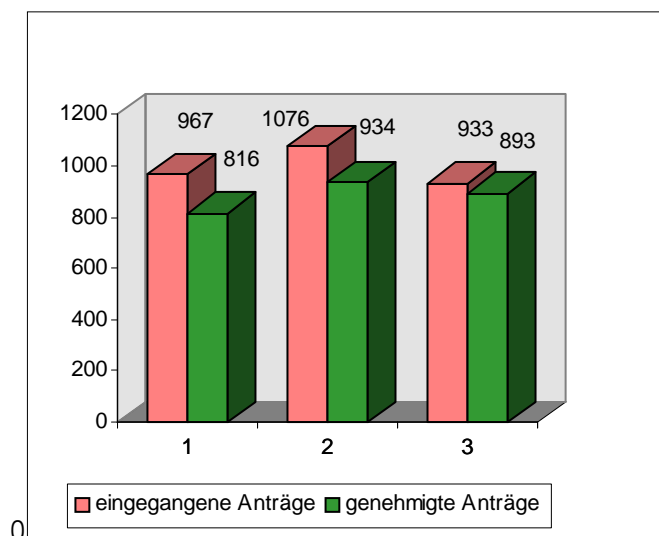
Nach wie vor gehen mehr Anträge ein, als beschieden werden können. Es erwies sich als erforderlich, die mit der Genehmigung von Bau- und ähnlichen Anträgen befaßten Sachbearbeiter von Or-

ganisationsaufgaben zu entlasten. Dies ist dadurch möglich geworden, daß eine (zentrale) Vollständigkeitsprüfung eingeführt worden ist. Dort werden sämtliche eingehende Anträge innerhalb einer Frist von maximal zwei Wochen daraufhin überprüft, ob sie formal vollständig sind und demnach die Mindestvoraussetzungen für die bauplanungsrechtliche und bauordnungsrechtliche Prüfung vorliegen. Diese Änderung im Organisationsablauf hat für den Antragsteller den Vorteil, daß er binnen kurzer Zeit Aufschluß darüber erhält, was er noch tun muß, um seinen Antrag prüffähig zu machen. Die für die Prüfung zuständigen Sachbearbeiter bekommen ausschließlich (bereits) prüffähige Anträge vorgelegt. Sie können danach unmittelbar mit der inhaltlichen Prüfung beginnen, ohne sich mit den zeitintensiven Vorbereitungs-handlungen zu befassen, Akten zuzuordnen etc. unvollständige, nicht prüffähige, Anträge werden nach erfolgloser Fristsetzung zurückgewiesen.

Diese Auslagerung untergeordneter Tätigkeiten, die mit einer Stellenerweiterung bzw. Stellenumwandlungen verknüpfbar war, hat bereits nach kurzer Zeit Erfolg gezeigt. Im I. Quartal 1997 entsprach das Verhältnis der genehmigten Anträge zu den registrierten Anträgen 84,38 %, am Ende des III. Quartals lag die Quote bei 95,71 %!

Danach ergibt sich für den genannten Zeitraum folgendes Schaubild:

	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal
registrierte Anträge	967	1.076	933
genehmigte Anträge	816	934	893



Ein weiterer Schwerpunkt des vergangenen Jahres lag im Bereich der ordnungsrechtlichen (repressiven) Tätigkeit der Bauaufsicht. Hier ist es gelungen, durch die Umwandlung und teilweise auch Neuanschaffung von Stellen in erheblich besserem Maße als bisher dem Bauordnungsrecht Geltung zu verschaffen. Eine Bußgeldabteilung ist nach intensiver interner Schulung neu aufgebaut worden.

Auch das energische Vorgehen gegen Schwarzbauten, illegale Nutzungen u. ä. wird in Zukunft gewährleistet sein.

Insgesamt hat die Zahl der Bauanträge nochmals zugenommen, allerdings ist der Anteil der "großen" Bauvorhaben daran zurückgegangen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, daß die gewerbliche Entwicklung und die dementsprechende Bautätigkeit wesentlich langsamer vonstatten geht als dies in der jüngeren Vergangenheit der Fall war.

Für den Aufgabenbereich Wohnungsbauförderung/Wohnungsaufsicht im **Wohnungsförderungsamt** kann festgestellt werden, daß sich die vor ca. zwei Jahren vollzogene strukturelle Zusammenführung der bis dahin weitgehend örtlich und personell getrennten Tätigkeit der ehemaligen Sachgebiete Wohnungsbauförderung und Wohnungsaufsicht bewährt hat.

Die Tätigkeit konzentrierte sich im Verlauf des Jahres 1997 auf folgende Schwerpunkte:

- Bearbeitung der Förderanträge für die Bereiche des Wohnungsneubaus sowie der Modernisierung und Instandsetzung des Altwohnungsbestandes unter besonderer Berücksichtigung des Abbaus von Wohnungsleerstand
- Bearbeitung und Entscheidung der Anträge zur Zweckentfremdung von Wohnraum
- Ausgestaltung der Aufgaben im Rahmen der Sonderaufsicht im Wohnungswesen

Für den Wohnungsneubau wurden folgende Anträge zur Förderung bearbeitet:

- 17 Anträge mit 440 WE im 1. Förderweg
(1996: 15 Anträge mit 624 WE)
- 11 Anträge mit 346 WE im 3. Förderweg
(1996: 12 Anträge mit 824 WE)

Bei der Bearbeitung dieser Anträge mit dem Ziel einer objektiv begründeten Einordnung in die kreislichen Prioritätenlisten wurden besonders den landesplanerischen Notwendigkeiten im Hinblick auf den Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld sowie den städtebaulichen und wohnungspolitischen Gegebenheiten Rechnung getragen.

Für die Modernisierung und Instandsetzung des Altwohnungsbestandes waren zu bearbeiten:

- 29 Anträge mit 319 WE
(1996: 43 Anträge mit 558 WE)

Für den GUS-Wohnungsbestand wurden

- 19 Anträge mit 444 WE bearbeitet.
(1996: 14 Anträge mit 235 WE)

Für die Zweckentfremdung (Abbruch, Umnutzung, Leerstand) von Wohnraum wurden insgesamt 45 Anträge (1996: 35 Anträge) gestellt, die nach gründlicher Prüfung entschieden wurden.

Um der wachsenden Zahl leerstehender Wohnungen besonders im freifinanzierten Wohnungsneubau entgegenzuwirken, unterliegt dieser einer ständigen Kontrolle. Schwerpunkt aus gegenwärtiger Sicht ist die Gemeinde Mahlow (ca. 130 leerstehende WE), wo durch das Wohnungsförderungsamt Maßnahmen eingeleitet wurden, den Leerstand zu beseitigen.

Im geförderten Wohnungsbau (Neubau, Modernisierung und Instandsetzung) ist praktisch kein dauernder Wohnungsleerstand feststellbar.

Während es sich in Mahlow um Neubau-WE und somit um ungerechtfertigten Leerstand handelt, wurde in der Stadt Luckenwalde festgestellt, daß die meisten leerstehenden Wohnungen nur durch umfangreiche Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen einer erneuten Wohnnutzung zugeführt werden können.

Den gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben der Sonderaufsicht im Wohnungswesen wurde verstärkt Rechnung getragen. Dafür liegen inhaltlich und terminlich konkretisierte Prüfaufgaben vor, wobei bisher keine schwerwiegenden Verstöße festgestellt wurden (Beispiel: Einkommensberechnung bei der Ermittlung der Einkommensgrenzen für Wohnberechtigungsscheine).

Im Rahmen dieser Aufgaben wurden zusätzlich allgemeine Weisungen mit dem Ziel erarbeitet, ein einheitliches Verwaltungshandeln in allen Ämtern und amtsfreien Gemeinden des Kreises zu sichern.

Im Sachgebiet Wohngeld war erwartungsgemäß zu Beginn des Jahres 1997 der Arbeitsaufwand für die Wohngeldbearbeitung im Zuständigkeitsbereich (außer Städte Luckenwalde und Ludwigsfelde) auf Grund der Gesetzesänderungen besonders hoch.

Zum Ende des Jahres 1996 lief das Wohngeldsondergesetz aus. Trotz noch bestehender Überleitungsvorschriften für die neuen Bundesländer (z. B. Freibetrag für Geringverdienende) und steigender Antragszahlen ging der Anteil der anspruchsberechtigten Haushalte enorm zurück. Bezogen auf eine Antragszahl von 15.672 erhalten nunmehr nur 4.947 Haushalte (das sind ca. 32 %) einen Zuschuß zu ihren Wohnkosten nach dem Wohngeldgesetz, was auf die niedrigeren Einkommens- und Miethöchstgrenzen, die im Wohngeldgesetz gelten, zurückzuführen ist. Im Vergleich hierzu waren 1996 noch 14.932 Haushalte im Zuständigkeitsbereich des Wohnungsförderungsamtes anspruchsberechtigt. Das durchschnittlich im Monat gezahlte Wohngeld stieg geringfügig von 173,96 DM im Vorjahr auf 188,30 DM in diesem Jahr an.

Durch das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogrammes (FKP), das es möglich macht, unter bestimmten Voraussetzungen Wohngeld, das zuviel gezahlt wurde, zurückzufordern, wurden bisher in diesem Jahr Einsparungen in Höhe von 116.253,85 DM durchgesetzt, die hauptsächlich wegen rückwirkender Erhöhung des Familieneinkommens zu begründen sind.

Im Jahr 1997 betrug der Anteil der neu zu berechnenden Anträge auf der Grundlage des FKP-Gesetzes ca. 8,23 % der Gesamtbearbeitung.

Das **Hoch- und Tiefbauamt** im Dezernat IV ist - wie auch das Planungsamt und die Untere Bauaufsichtsbehörde am Verwaltungssitz Zossen untergebracht.

Wie in den Vorjahren richteten sich die Hauptaufgaben des Sachgebietes Hochbau auf die mit den Fachämtern abgestimmten Baumaßnahmen und Instandhaltungen an kreiseigenen Gebäuden. Damit wurden weitere Verbesserungen an Einrichtungen des Kreises erreicht, die für die Bürger und Mitarbeiter der Kreisverwaltung wirksam wurden. Der Schwerpunkt von Baumaßnahmen an kreiseigenen Verwaltungsgebäuden lag am Verwaltungssitz Jüterbog, in dem auch nach Fertigstellung des neuen Kreishauses in Luckenwalde Verwaltungsaufgaben wahrgenommen werden.

Bedeutende Bauvorhaben 1997 waren

- Erweiterungsbau am Gymnasium Luckenwalde, (Mit diesem Bauvorhaben, welches 1998 abgeschlossen wird, galt es, den Lehrbetrieb von zwei Standorten in Luckenwalde am Standort Parkstraße zu konzentrieren, neue den heutigen Forderungen genügende Fachunterrichtsräume zu erstellen, den Rückbau alter Fachunterrichtsräume zu allgemeinen Unterrichtsräumen vorzunehmen sowie den Neubau der Turnhalle 1998 abzuschließen.)

- Rekonstruktion des ehemaligen Schulleiterhauses zur Musikschule Luckenwalde,

- Rekonstruktion der Nicolaischule in Jüterbog sowie
- der Baubeginn am Neu- und Umbau des Oberstufenzentrums Ludwigsfelde,

um nur einige Vorhaben zu nennen. Nur an diesen vier genannten Vorhaben beträgt das Investitionsvolumen ca. 40.700.000,00 DM. In Vorbereitung für die Jahre 1998/1999 sind die Geistigbehindertenschule in Jüterbog und die Drei-Feld-Turnhalle am Gymnasium in Ludwigsfelde. Für diese Bauvorhaben sind durch die Kreisverwaltung wiederum 10.500.000 DM zur Umsetzung geplant. Diese Zahlen verdeutlichen anschaulich, wie sich die Gestalt unseres Landkreises positiv verändert. Bei der Vergabe der Aufträge wird streng nach der VOB und der kreislichen Vergabeordnung gearbeitet, um den Wettbewerb unter den Firmen weiter zu fördern. An Handwerksbetriebe des Kreises wurden 84 % der ausgelösten Aufträge vergeben.

Für 1998 sieht das Hochbauamt seine Aufgaben speziell auf dem Gebiet der Instandsetzungen an den kreiseigenen Liegenschaften, des Baues der Geistigbehindertenschule Jüterbog und der Drei-Feld-Turnhalle am Gymnasium in Ludwigsfelde.

Das Sachgebiet Tiefbau hat im Haushaltsjahr 1997 wie auch in den Vorjahren schwerpunktmäßig an der weiteren Sanierung sowie am Ausbau des Kreisstraßen- und Radwegenetzes gearbeitet. Im Rahmen der ab 1. Januar 1997 wirksam gewordenen Umstufungsverfügung des Brandenburgischen Landesamtes für Verkehr und Straßenbau vergrößerte sich das Kreisstraßennetz auf nunmehr 39 Kreisstraßen mit rund 200 km Netzlänge. So wurden 1997 Baumaßnahmen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von 2.200.000,00 DM realisiert.

Folgende bedeutende Bauvorhaben wurden 1997 durchgeführt:

- Erneuerung der Hammerfließbrücke mit Durchlaß in Gottow,
- Ausbau der ehemaligen Ortsverbindungsstraße Christinendorf-Klein Schulzendorf auf eine der Norm für Kreisstraßen entsprechende Fahrbahnbreite einschl. eines straßenbegleitenden Radweges,
- Erneuerung der Brücke Rinow auf der neu zugeordneten Kreisstraße von Meinsdorf nach Freywalde,
- Bau eines Radweges im Abschnitt der Kreisstraße Luckenwalde-Ruhldorf.

Im Rahmen der Deckenerneuerung wurden in Ortsdurchfahrten Mittel in Höhe von 300.000,00 DM investiert. Hierbei handelt es sich um die

- Ortsdurchfahrten Sperenberg, Eckmannsdorf und Heinsdorf.

Im Eisenbahnkreuzungsprogramm konnte die Eisenbahnbrücke auf der Kreisstraße K 7217 bei Neuheim durch die Deutsche Bahn AG fertiggestellt werden. Der Kreis ist mit 400.000,00 DM finanziell beteiligt.

Für 1998 sind Fördermittel für Straßen-, Brücken- und Radwegbau in Höhe von ca. 4.100.000,00 DM beantragt.

Aus kreislichen Mitteln erfolgte die Realisierung von 87 Aufträgen mit einem Wertumfang von ca. 490.000,00 DM für die Straßenunterhaltung (Reparatur von Straßen, Erneuerung von Leitposten, Fahrbahnmarkierungen und Banketten, Grasmahd, Baumschnitt, Verkehrsbeschilderung, Ersatzpflanzung von Bäumen usw.).

Im Rahmen der Straßenaufsichtspflicht wurde den Gemeinden Hilfestellung bei der Vorbereitung und Durchführung von Straßenbaumaßnahmen geleistet.

Für den Winterdienst sind die Winterdienstverträge mit Firmen aus dem Landkreis abgeschlossen. Der Bauhof wird den Winterdienst an allen Radwegen, die an Kreisstraßen liegen, durchführen.

An 26 Brücken auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen wurden durch den Bauhof touristische Brücken-Unterrichtungstafeln angebracht.

Die Mitarbeiter des **Landwirtschaftsamtes**, über das nun abschließend berichtet werden soll, sehen nach wie vor den Schwerpunkt ihrer Arbeit in der Umsetzung der Agrarförderung durch das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem in der Landwirtschaft des Landkreises. Durch die ordnungsgemäße Bearbeitung der Agrarförderanträge bis hin zur Bewilligung werden die Voraussetzungen geschaffen, um allen landwirtschaftlichen Antragstellern für ihre landwirtschaftliche Produktion und Veredelung die entsprechenden Preisausgleichsgelder termingerecht bereitzustellen.

In unserem Landkreis erhalten 235 Antragsteller eine Flächenbeihilfe und 378 Unternehmen einen Zuschuß für die Tierhaltung. Insgesamt sind in unserem Landkreis aus den verschiedenen Fördertöpfen der EU, des Bundes und des Landes im vergangenen Zeitraum 1996/97 84,9 Mio DM geflossen. Dabei ergibt sich eine anteilige Beteiligung von 53 % EU-Mittel (45 Mio DM), 24 % Bundesmittel (20,4 Mio DM) und 23 % Landesmittel (19,5 Mio DM). Hauptanteil der Transferleistung bildeten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" 23,7 Mio DM, EU-Preisausgleichszahlungen 49,4 Mio DM und Tierprämien in einer Höhe von 3,2 Mio DM. Weitere Maßnahmen, die über das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft

und Forsten direkt gefördert werden, wie Mittel- und Markt-

strukturverbesserung und Direktvermarktung in Höhe von 4 Mio DM, ergänzen die Gesamtförderung aus dem Agrarhaushalt. Die Verwaltung dieser Mittel aus dem Agrarhaushalt erfordert ein hohes Maß an Sorgfalt und verwaltungstechnischem Handeln unter Einbeziehung des Datenschutzes. Mehrere Kontrollen durch das Land Brandenburg und zwei Prüfungen durch den Europäischen und Deutschen Rechnungshof haben keine Beanstandungen ergeben. Um derartigen Prüfungen auch zukünftig standzuhalten, sind nicht nur fachlich versierte Mitarbeiter notwendig, sondern die Ansprüche an das vorhandene Computersystem zur Bearbeitung der Agrarförderanträge sind auch weiterhin ständig anzupassen.

Mit der Umstellung der Computertechnik auf ein leistungsfähigeres System (UNIX), wobei die Kosten der Umstellung in Höhe von 60.000 DM durch das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten getragen werden, kommen wir den höheren Anforderungen der Datenverwaltung und -bearbeitung mit den geforderten Qualitätsparametern nach.

Die Einführung des Globalen Positionierungssystems zur Vermessung von Antragsflächen sowie das computergestützte Informationssystem für den ländlichen Raum haben sich im Landwirtschaftsamt sehr gut bewährt. Mit der Einführung des Kulturlandschaftsprogramms in Brandenburg haben sich von 237 Betrieben des Landkreises insgesamt 119 landwirtschaftliche Unternehmen bereiterklärt, extensive oder ökologische Anbauverfahren in der Landwirtschaft umzusetzen. Die acht Förderprogramme des Kulturlandschaftsprogrammes wurden von den Landwirtschaftsunternehmen gegenüber dem vergangenen Jahr wesentlich besser angenommen und umgesetzt. So konnte die Fläche bei diesen extensiven und ökologisch orientierten Anbauverfahren von 7.500 ha auf 16.800 ha in unserem Landkreis erhöht werden. Damit wird durch die landwirtschaftlichen Betriebe ein wesentlicher Beitrag zur Umsetzung der Forderungen des Umwelt- und Naturschutzes geleistet. Insgesamt wirtschaften somit 50 % der Antragsteller nach ökologischen Gesichtspunkten auf immerhin 19 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landkreises. Neben den Preisausgleichszahlungen für landwirtschaftliche Produkte sind die Zuschüsse aus dem Agrarhaushalt für investive Maßnahmen in der Landwirtschaft von besonderer Bedeutung. Die Zuwendungen für Investitionen in umweltschonende und tiergerechte Verfahren der Tierproduktion belaufen sich in den letzten zwölf Monaten auf 8,1 Mio DM. Bei einem Investitionszuschuß von durchschnittlich 34,4 % konnten damit Investitionen in der Tierhaltung von 23,6 Mio DM durch unser Landwirtschaftsamt ermöglicht werden. Mit diesen Investitionen werden 10.200 Stallplätze neu errichtet und 36.700 Plätze modernisiert sowie zusätzlich 22.000 m³ Lagerkapazität für Gülle, Jauche und Silosickersaft geschaffen.

Neben den positiven Aspekten in der Landwirtschaft sind speziell in diesem Jahr durch das hohe Niederschlagsdefizit, das immerhin 50 % der durchschnittlichen Jahresniederschlagsmenge ausmacht, erhebliche Ertragsausfälle in der Landwirtschaft zu verzeichnen. Die Situation, speziell in der südlichen Region des Landkreises, zeigt, daß trotz der guten Arbeit der

Bauern ein materieller und finanzieller Schaden entstanden ist, der ausschließlich von einem ungünstigen Witterungsverlauf verursacht wurde. Die Mindereinnahmen, die im wesentlichen auf die Ertragseinbußen bei Getreide, aber auch bei anderen Kulturen wie Winterraps und Kartoffeln basieren, belaufen sich auf weit über 10 Mio DM gegenüber den Erlösen des vergangenen Jahres, obwohl das Jahr 1996 auch nicht zu den guten landwirtschaftlichen Jahren zählte. Bei einem Getreideertrag von nur 36 dt/ha liegt der Landkreis mit 10 dt/ha unter dem Landesdurchschnitt und mit 14 dt/ha unter dem Getreideertrag von 1995.

Dieses negative Ernteergebnis veranlaßt viele landwirtschaftliche Unternehmen, über Investitionen für die Zusatzbewässerung nachzudenken. Die Einreichung einer Spezial-Entwicklungsplanung soll Ursachen und Gründe dieser Situation und Schlußfolgerungen für die betroffene Regionen darlegen. Neben dem Ackerbau ist die Veredelungswirtschaft ein wichtiges Standbein der landwirtschaftlichen Produktion.

Die Tierbestandsentwicklung im Landkreis macht deutlich, daß aufgrund der Absatzsituation die Rinderbestände auf 99,1 % zurückgegangen sind, wobei die Anzahl der Mutterkühe mit 3.866 auf 106 % angestiegen ist. Bei den Schafbeständen ist mit rund 13.540 Schafen eine deutliche positive Entwicklung zu verzeichnen. Trotz der guten Marktpreise sind die Schweinebestände um knapp 2.000 Tiere auf 85.800 Schweine reduziert worden. Der Landkreis Teltow-Fläming ist im Land Brandenburg nach wie vor einer der größten Veredelungsstandorte.

Durch die bereits genannten investiven Maßnahmen zur Verbesserung der artengerechten Tierhaltung unter Einbeziehung der Umweltauflagen ist es gelungen, im Landeswettbewerb sechs Landwirtschaftsbetriebe unseres Landkreises einzubinden. Für zwei landwirtschaftliche Unternehmen unseres Landkreises wurden die Voraussetzungen geschaffen, am begünstigten Flächenerwerbsprogramm teilzunehmen. Das sind die ersten Landwirtschaftsbetriebe im Land Brandenburg, die alle Bedingungen zum Flächenerwerb erfüllt haben.

In der Landwirtschaftsschule des Landkreises laufen gegenwärtig die Vorbereitungen auf die Prüfung zum Landwirtschaftsmeister und die Lehrbefähigung zur berufs- und arbeitspädagogischen Ausbildung, die Winterschulung für Landwirte sowie Lehrgänge zur Vermarktung heimischer Erzeugnisse. Unter Einbeziehung von Fördermitteln des Landes Brandenburg können hier den Landwirten und anderen Interessierten fachbezogene Lehrgänge angeboten werden.

Im letzten Tätigkeitsbericht wurde über die vorgesehene Errichtung eines Bauernmarktes in Nähe des Südring-Centers informiert. Dieser Standort konnte aus Kostengründen nicht realisiert werden, so daß gegenwärtig neue Standorte im berlinnahen Raum untersucht werden. Es wird nach wie vor daran festgehalten, den landwirtschaftlichen Unternehmen des Landkreises, insbesondere den Direktvermarktern, die Möglichkeit zu bieten, im berlinnahen Raum ihre Produkte selbst zu vermarkten. Damit soll dem Markterfordernis, weitere einheimische Produkte aus der Region anzubieten und zu vermarkten, nachgekommen werden. Die Akzeptanz einheimischer Produkte wird insbesondere bei örtlichen Erntefesten und Bauernmärkten deutlich. Beispiele sind der Michaelismarkt, die Erntefeste in Seehausen und Meinsdorf oder der Markt in Stangenhagen anlässlich des Landesleistungshütens und vieles andere mehr.

Die Landwirtschaft als doch größter Arbeitgeber im ländlichen Raum hat hier eine hohe Verantwortung bei der Sicherung von Arbeitsplätzen im Bereich der Produktion bis hin zur Vermarktung, aber auch bei der Erhaltung unserer Kulturlandschaft und der ländlichen Region als Wohn-, Arbeits- und Erholungsraum.